Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis

für die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Nummer 273

Bezugspreis Monatlich 6.– Mk. und 1.– Mk. Bestellgebühr; durch die Ausgabestellen 6.50 Mk mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7.– Mk.; im Vierteljahr 21.– Mk.

Erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der illustr. Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" u. „Für die arbeit. Jugend".

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtspaltigen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreispaltigen Textteile 3.– Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion in Halle: Gr. Brauhausstr 17 Eisleben: Baumhofstr. 22. Fernruf-Nr.: in Halle: 6802. Eisleben: 302. Sprechz.: Halle: v. 11—12, i. Eisleben: n. 4—6 Uhr

Halle, Dienstag, den 22. November 1921.

Verlag u. Geschäftsstellen: in Halle: Gr. Ulrichstraße 27 in Eisleben: Bahnhofstraße 22 Fernruf: Halle: 3407. Eisleben. 302. Postscheckkonto 11092 Erfurt.

Heraus mit der Sprache.

Wie steht es mit der Kreditaktion der Industrie? Am Sonnabend erschienen in der bürgerlichen Presse Nachrichten, denen zufolge der Reichsverband der Industrie seine Bedingungen für die Kreditbilfe zurückzuziehen bereit sei; er wolle nicht länger auf Enstaatlichung der Eisenbahn und Beseitigung des Achtstundentages als Voraussetzung seiner Hilfsbereitschaft bestehen. Die Telegraphenunion (Stinnes) hat diese Meldungen dementiert. Nach unseren Informationen ist es wahr, daß die Industrie nicht daran denke, dem Reiche auch nur einen Pfennig freiwillig zu geben, ehe das Reich sich nicht vollständig der Diktatur des Großkapitals unterworfen hat. Da die Arbeiter, Angestellten und Beamten wie die Reichsregierung auf dem Standpunkt bestehen, daß die Zumutungen der Stinnes-Mehrheit der Industrie unannehmbar und undiskutabel sind, wäre damit die Kreditaktion erledigt. Aber warum schweigt die Regierung? Warum wird der Brief des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Kanzler nicht veröffentlicht? Und warum sagt die Regierung nicht, was sie nunmehr zu tun gedenkt?

Es ist klar, daß die Regierung trotz alledem die äußersten Anstrengungen machen muß, um die nächstfälligen Raten zu bezahlen. Auf welchem Wege gedenkt sie das zu erreichen? Offenbar gibt es industrielle Kreise, denen viel daran liegt, die Illusionen über die Kreditbilfe der Industrie möglichst lange aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite hat die Regierung das größte Interesse daran, völlige Klarheit über den Standpunkt der Reparationskommission, die Entschlüsse der Industrie und die eigenen Absichten zu schaffen. Ein mündiges Volk hat Anspruch auf Wahrheit. Die Regierung darf es nicht dahin kommen lassen, daß die Bevölkerung eines Tages unvorbereitet vor katastrophalen Situationen steht. Sie muß so rasch wie möglich und so klar wie möglich aussprechen was ist.

Deutschland kann und muß bezahlen.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst hört, hat der erste britische Delegierte in der Reparationskommission dem Reichskanzler Dr. Wirth vor der Abreise im Auftrage der Gesamtkommission folgende Erklärung übermittelt:

„Deutschland kann und muß bezahlen. Die Reparationskommission hat dahin entschied n, daß die Zahlungsbedingungen nicht abgeändert werden. Deutschland ist reich an Hilfsquellen und alle seine Fabriken arbeiten.(?) Bei dieser Schlage ist Deutschland imstande, sich die erforderlichen Kredite zu beschaffen."

*

Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern nachmittag in einer streng vertraulichen Aussprache mit dem Reparationsproblem. Auch heute kann nur wieder betont werden, daß für die Regierung die Entstaatlichung der Eisenbahnen außerhalb jeder Diskussion steht. Man will versuchen, nach Möglichkeit durch Hilfe der Industrie im Auslande ein kurzfristiges Darlehen zur Erledigung unserer Januar- und Februarverpflichtungen aufzunehmen. Schritte sind in dieser Beziehung bereits unternommen, offizielle Verhandlungen jedoch noch nicht eingeleitet.

Rollet besichtigt die deutschen Werke.

General Rollet mit seinem Stabe besichtigte gestern die Spandauer Abteilungen der Deutschen Werke. Eingehend wurde in Augenschein genommen das alte Walzwerk, das Preßwerk mit den Martinöfen, die alte Geschützgießerei, das Werk Haseldorfs, das Werk für Jagd- und Sportwaffen und die Abteilung für Motorradbau. Die Besichtigung dauerte bis elf Uhr vormittags. General Rollet erklärte, daß er gekommen sei, um sich persönlich von den Verhältnissen und von der Betriebsart eine Vorstellung zu bilden. Er war von der Besichtigung, die von der Direktion und dem Betriebsvorsitzenden geleitet wurde, recht befriedigt. Er betonte, daß er persönlich keinen Einfluß auf die Maßnahmen habe, daß die Entscheidung vielmehr dem Botschafterrat unterliege. Zu gleicher Zeit gab er die Absicht bekannt, das Werk Wolfgang bei Hanau sowie die Erfurter Anlagen zu besichtigen.

Oberschlesiens Lebensmittelversorgung bedroht.

Die Folgen der kommenden Abtretung des oberschlesischen Industriegebietes äußern sich schon in Begrünissen um die Ernährung der Bevölkerung dieses Landesteils. Gewiß sind die Ernährungsverhältnisse in Deutschland alles andere als glänzend, und die Teuerung ist riesengroß. Daß aber die Oberschlesier, wenn sie demnächst polnisch werden, noch wesentlich schlimmere Zeiten zu gegärtigen haben, geht aus folgenden Tatsachen hervor: In Kattowitz haben jüngst Verhandlungen zwischen Vertretern des polnischen Volksrats und dem Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie über die Ernährungsfrage stattgefunden. Dabei ergab sich, daß die polnischen Vertreter erklären, die Uebernahme des deutschen Systems, wo zwei Drittel des Milchbedarfs zu einem billigeren Preise von dem Reiche geliefert wird, wahrscheinlich an dem Widerstande des polnischen Finanzministeriums scheitern würde. Es wird also das Brot in Oberschlesien noch wesentlich teuerer werden als bisher. — Es fehlen in dem oberschlesischen Industriegebiet noch 750 000 Zentner Kartoffeln. Auf die Frage, ob der polnische Staat in der Lage sei, diese Kartoffeln zu einem Preise bis zu höchstens 80 Mark je Zentner zu liefern, wurde erwidert, daß in Posen eine vollständige Kartoffelmißernte gewesen sei. Die Kartoffeln würden an den oberschlesischen Grenzstationen einen Preis von mindestens 150 Papiermark haben. — Zur Lieferung von 4000 bis 5000 Schweinen im Monat erklärte sich die polnische Vertretung bereit, jedoch werde sich der Preis im Kleinverkauf auf mindestens 25 Mark stellen, was 3 bis 4 Mark über dem Kleinverkaufspreis in Berlin liegt.

Die Reparationskommission uneinig.

Paris, 20. November. (WTB.) Jules Sauerwein berichtet dem „Matin" aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Haltung gegen Deutschland nicht erzielt worden. Der Vertreter Frankreichs Louis Dubois habe die vier anderen Mitglieder der Reparationskommission gegen sich gehabt. Der belgische Delegierte Delacroix habe den Standpunkt vertreten, daß auf die gestrige Erklärung der deutschen Regierung für den Augenblick keine Antwort zu erteilen sei. Es handle sich um eine Zahlung, die in acht Wochen, aber nicht in acht Tagen zu erfolgen habe. Wenn man jetzt Deutschland eine ernste Note übersende, dann laufe man Gefahr, denen einen guten Vorwand zu liefern, die die Alliierten anklagten, sie führten die vorgesehene Anleihe zu einem Mißerfolge. Louis Dubois habe gemeint: Deutschland versuche durch den Vorwand einer außerordentlichen Anleihe sich seiner Verpflichtungen zu entziehen, infolgedessen habe er vorgeschlagen, ihm eine sehr ernste Verwarnung zukommen zu lassen. Es sei nicht dementsprechend entschieden worden.

Bayern will keine Reichshoheit anerkennen.

München, 21. November. (WTB.) Zur Erklärung des Reichsjustizministers Radbruch über die Gefangenenanstalt Niederschönenfeld bemerkt die „Bayerische Staatszeitung": „Es wird die dringende Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein, in Berlin unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bayerische Regierung bei allem Bestreben, mit der Reichsregierung im besten Einvernehmen zu bleiben, an ihrer Justizhoheit nicht rütteln läßt. Diese Vorkommnisse sind noch der Reise des Ministerpräsidenten um so auffälliger, als jetzt auch noch der Reichstag einen Ausschuß einsetzte, der die unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll. Es wird auch hier die Aufgabe der Landesregierungen sein, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses nicht in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift."

Aufruhrnachrichten aus Rußland.

Helsingfors, 21. November. (WTB.) Wie die „Berlingske Tidende" meldet, hat der ukrainische Vertreter die Mitteilung erhalten, daß die Erhebung in der Ukraine gegen die Bolschewisten große Fortschritte macht. Die Aufständischen hätten die Bolschewisten gezwungen, die ganze Dnjestrlinie zu räumen. Im Gouvernement Tschernigow sei ein Aufruhr ausgebrochen, durch den die Rückzugslinie der Bolschewisten von Kiew bedroht ist. „Berl. Tid." meldet weiter, daß auch die Erhebung der karelischen Bevölkerung an Ausdehnung zunimmt. Die Karelier setzten sich in den Besitz der Stadt Kem, wo die Bevölkerung sich fast einmütig ihnen anschloß. Olonetz sei im Aufruhr. Die bolschewistische Strafexpedition, die die Ordnung wieder herstellen sollte, sei überwältigt und bis auf den letzten Mann niedergemacht worden. Die Eisenbahnbrücke über den Fluß Swir sei in die Luft gesprengt worden, so daß die Verbindung mit Petersburg unterbrochen sei.

Das Irrlicht U. S. P.

Die Unabhängigen haben bereits durch ihren gemeinsamen Auftritt mit den Kommunisten im Reichstage und im Landtag zu erkennen gegeben, daß sie das Bedürfnis haben, noch vor ihrem Parteitage den Leuten im Lande zu beweisen, daß auch in ihren Reihen noch „revolutionärer Geist" steckt. Es scheint nun, daß das unabhängige Zentralkomitee auf der Fährte, die mit Radau genen begann und die angeblich zur Einigung der Arbeitermassen führen soll, weiterschreiten will. In ihrem Tun und Handeln reihen sie nämlich eine Verkennung der Tatsachen an die andere. So behauptet das Zentralkomitee der U. S. P. z. B. in einem gestern in der „Volkszeitung" veröffentlichten Aufruf, der dem Hunger und der Knechtschaft gelten soll, daß die Regierung den Wucher- und Valutagewinnern tatenlos gegenübersteht und daß sie sich mit den industriellen Erpressern nicht nur in Unterhandlungen einlasse, sondern sich auch bereit erklärt habe, neue Steuern festzulegen, durch die vor allem die Minderbemittelten wieder um schwer belastet werden sollen. Man beachte die Konsequenz der Unabhängigen: Sie beschuldigen eine Regierung, die durch Unterstützung ihrer eigenen Fraktion zustande kam, und für deren Reichskanzler sich die gesamte unabhängige Presse wochenlang einsetzte.

Wir bedauern die öffentliche Irreführung, zu der sich die Unabhängigen jetzt bequemen, und müssen ihnen gestehen, daß sich die Sozialdemokratie mit einer solchen Taktik nicht abfinden kann, sondern wenn die Unabhängigen das Bedürfnis haben, den Kommunisten den Rang streitig zu machen, wir auch ihnen die Freundschaft kündigen und sie in der gleichen Weise bekämpfen, wie wir es bisher gegenüber den Wahnsinnpolitikern mit dem Sowjet-Banner getan haben. Weiß die U. S. P. nicht, daß es sozialdemokratische Minister im Kabinett sind, die ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß der Besitz scharf herangezogen wird, und haben die Unabhängigen schon vergessen, daß die Forderung auf Erfassung der Goldwerte, die sie sich inzwischen zu eigen gemacht haben, von einem sozialdemokratischen Minister ausgeht? Schreitet trotz allen guten Willens zur Besteuerung des Besitzes auch die jetzige Regierung zu indirekten Steuern, so geschieht das unter dem Druck der Entente, die unter ständigem Hinweis auf die vielen indirekten bezw. Verbrauchssteuern in ihren Ländern, eine entsprechende Erhöhung in Deutschland verlangt. Das wissen die Unabhängigen genau so wie wir, aber sie verschweigen aus agitatorischen Gründen diese Tatsachen, an die keine deutsche Regierung vorbeigehen vermag. Kann uns weiterhin das Zentralkomitee der U. S. P. mitteilen, wann sich die Reichsregierung in Unterhandlungen mit den industriellen Erpressern eingelassen hat? Das Kabinett hat lediglich über das erste, bedingungslose Angebot der Industrie, Kredite zu gewähren, verhandelt, jede Forderung auf Entstaatlichung und alle weiteren Ansinnen der Industrie, die später mit der Kreditbeschaffung in Verbindung gebracht wurden, abgelehnt. Es heißt sich selbst verleugnen, wenn die Unabhängigen heute nicht zugeben, daß auch sie, bevor die Bedingungen der Industrie gestellt waren, eifrige Anbeter der Kreditbeschaffung durch die Industrie waren, und es wäre angebracht, wenn das Zentralkomitee der Unabhängigen sich die Nummern der „Freiheit" vom Oktober nochmals ansehen würde. Herr Hilferding, unseres Wissens doch Chefredakteur des unabhängigen Zentralorgans, war der eifrigste Verfechter dieser Kreditbeschaffung, noch bevor die Sozialdemokratie überhaupt daran gedacht hat, auf das Angebot der Industrie einzugehen! Das alles sind Tatsachen, die sich nicht widerlegen lassen, Tatsachen, die die schwankende Politik der Unabhängigen treffend kennzeichnen.

Mit kommunistischen Phrasen, nach denen sich gewisse Führer der U. S. P. sehnen, kann der Arbeiterschaft nicht geholfen werden. Im Interesse der Einigung der Arbeiterschaft mahnen wir deshalb die Unabhängigen, den ersten Schritt auf dem alten, bereits einmal verlassenen Wege keinen zweiten Schritt folgen zu lassen. Die unabhängige Parteigeschichte, soll e auch den Führern der unabhängigen Partei klarmachen, was das bedeutet.

Unter Aufsicht gestellt.

Als bei der Portefeuillefrage des neuen preußischen Ministeriums der Ministerpräsident Genosse Otto Braun mitteilte, daß der Sozialdemokrat Wilhelm Siering zum Handelsminister ausersehen sei, da ergötzten sich die Kommunisten mit Zwischenrufen von zweierlei Art. Die einen riefen: er ist schon unter Aufsicht gestellt!, die anderen lachten und lästerten: der alte Schmiedegeselle! Bei dem häufigen Zusammenwirken der Deutschnationalen und Kommunisten haben offenbar die Herren von der Rechtspartei auf die von der äußersten Linken stark abgefärbt. Denn von den alten Junkern kann man es schließlich noch begreiflich finden, daß sie einen einfachen Metallarbeiter nicht gern zum Minister, und nun gar noch zum Handelsminister aufsteigen sehen. Aber für eine Arbeiterpartei ist es immerhin einigermaßen beschämend, wenn sie einen neuen Minister einen Vorwurf daraus macht, daß er aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist. Der Zwischenruf, der andeutete, Siering sei schon unter Aufsicht gestellt, bezog sich auf Pressegerüchte, wonach im Handelsministerium ein volksparteilicher Unterstaatssekretär Platz finden sollte. Aber auch davon ist es inzwischen ganz still geworden; auch hier waren die Kommunisten auf die dunkle Quelle der Rechtspresse hereingefallen.

Wir nehmen es der äußersten Linken gewiß nicht übel, wenn sie dem Kabinett der großen Koalition und seinen Taten mit besonderer Aufmerksamkeit folgt. Aber durch haltlose Verdächtigungen kann man die Stellung der großen Koalition ganz gewiß nicht schwächen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0001

Preußischer Landtag.

Forstetat und Lichtenburger Hungerstreik.

Der Lichtenburger Hungerstreik gab in der Montagssitzung des Preußischen Landtag bereits zu Beginn zu einer langen Geschäftsordnungsdebatte Anlaß. Die Kommunisten verlangten Besprechung der Angelegenheit als ersten Punkt der Tagesordnung, gaben sich aber, nachdem mitgeteilt wurde, daß das Justizministerium zur Stellungnahme nicht vorbereitet sei, mit der Anberaumung einer Abendsitzung zur Besprechung der Lichtenburger Angelegenheit zufrieden.

Der Forstetat wurde dann noch in dem weiteren Verlauf der Sitzung erledigt. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Wende, der nachwies, wie die private Forstwirtschaft ihren Besitz lediglich in ihrem Interesse ohne Rücksicht auf die allgemeine Volkswirtschaft verwaltet: Die Zersplitterung in vielen Kleinbetrieben ließe eine rationelle Bewirtschaftung nicht aufkommen. Die großen Forstbetriebe arbeiten ebenfalls nicht rationell. Der eine verkauft viel Holz, um Geld zu machen, der andere läßt schlagreifes Holz stehen, weil das Papiergeld nichts wert ist. Die großen Forsten sind sozialisierungsreif, der Wald muß Gemeineigentum werden, mindestens brauchen wir sofort eine staatliche Aufsicht über die Privatwaldungen. Ohne Umgestaltung des Besitzes, ohne staatliche Kontrolle werden wir der Waldverwüstung nicht Einhalt tun können. Das ist aber notwendig im Interesse unserer Volkswirtschaft und Volksgesundheit. Ueber das Verhältnis der Förster ist mancherlei Beklagenswertes zu sagen. Ihre Stellung zu manchem Oberförster ist oft nicht so, wie es sein sollte. Manche Oberförster können sich an die neue Zeit noch nicht gewöhnen. Sogar das Koalitionsrecht macht man den Forstbeamten noch oft streitig. Noch heute wird 9 Jahre Vorbereitungsdienst für die Förster verlangt, was viel zu viel ist; höchstens 6 Jahre würden auch genügen. Auch mit den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes können sehr viele Oberförster sich nicht befreunden. Sie hetzen zum Teil sogar gegen die Tarifverträge. Die Zentralforstverwaltung ist den Hetzereien gegen die Organisationen nicht so entgegengetreten, wie wir das fordern müssen.

Die Reden der verschiedenen Bürgerlichen waren im wesentlichen ein Wettlauf um die Gunst der Förster.

*

In der Abendsitzung des Landtages gab zunächst der Vorsitzende des Interfraktionellen Ausschusses Oppenhoff einen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses, der am Sonntag zu der Lichtenberger Angelegenheit Stellung genommen hatte.

Die Unabhängigen haben einen Antrag eingebracht, der Amnestie für alle Arbeiter fordert, die wegen revolutionärer Vergehen verurteilt worden sind. Die großen Anfragen und die Anträge der Kommunisten wurden von Menzel begründet. In erregter Weise beginnt er die Schilderung der Verhältnisse unter denen jetzt die Verurteilten leiden. Das deutsche Volk sei nicht mehr wert, Es verdiene aus der Liste der Kulturvölker gestrichen zu werden, wenn es Hunderte und Tausende von Unschuldigen im Zuchthause schmachten ließe. Unter den Verurteilten befänden sich viele, die Kriegskrüppel seien oder Besitzer des Eis. Kreuzes wären. Er schilderte ausführlich angebliche Mißhandlungen, welchen die Gefangenen ausgesetzt seien bei ihrer Gefangennahme, sowie teilweise auch noch im Gefängnis oder im Zuchthaus. Viele seien verurteilt auf Grund von Geständnissen, welche ihnen durch Mißhandlungen erpreßt worden seien. Vom Justizministerium angeordnete Erleichterungen seien in Zuchthäusern nicht durchgeführt worden. Unter lebhaftem Protest der Mehrheit des Hauses erklärt Menzel, Hoelz für einen Ehrenmann, der sich nur in seinen Methoden geirrt habe. Dann gibt Menzel eine Darstellung von den Verhältnissen in verschiedenen Zuchthäusern und von dem Fort Zinna bei Torgau. Wenn diese Mitteilungen stimmen, sind die Zustände dort allerdings skandalös. Menzel erzählt, daß dort in einem Arbeitssaal, in dem auch gegessen werde, der Abort sich befinde, so daß es besonders bei Sommertag vor Gestank dort nicht auszuhalten sei. Den Gefangenen würden viele Vergünstigungen entzogen; ein Major Kruse aber, der dort sitze, bekomme täglich den Besuch seiner Frau. Wenn die herzlosen Leiter der Justiz nicht für sofortige Abhilfe sorgen, müsse sich das deutsche Volk selber helfen, einerlei auf welche Weise. Weitere Einzelheiten über die Behandlung von Gefangenen in Lichtenburg aber auch in vielen anderen Strafanstalten, werden von den Kommunisten mit lebhaften Entrüstungsrufen begleitet. Viele dieser Beschwerden stammen aber nicht aus der letzten Zeit, sondern aus dem Sommer. Aber auch darunter befinden sich eine Reihe empörender Vorfälle, wenn sie von Menzel richtig geschildert worden sind, so daß man die Erregung darüber wohl begreifen kann.

Zur Debatte über die Lichtenburger Angelegenheit ist von den Genossen Limberk, Krüger und Heilmann folgender Antrag gestellt worden:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die nach dem Märzputsch 1921 von den Sondergerichten gefällten und noch in der Vollstreckung befindlichen Urteile mit größter Beschleunigung mit der Maßgabe nachgeprüft werden, daß gegenüber allen nicht wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten von dem Rechte der Begnadigung durch Erlaß oder angemessene Minderung der Strafe Gebrauch gemacht wird".

Bei Abgang der Post dauern die Verhandlungen noch an. Schluß des Berichtes folgt in der nächsten Nummer der Volksstimme.)

Das Ende einer Verleumdung.

Die „Deutsche Tageszeitung" und der Fall Sklarz.

Jahrelang hat die gesamte deutschnationale Presse die Verleumdung der Genossen Scheidemann, Noske, Ebert, Eugen Ernst u. a. durch den sogenannten „Fall Sklarz" betrieben. In den Wahlkämpfen der letzten Jahre wurden die Genossen als von Schiebern geschmiert hingestellt, ja in einer besonderen Broschüre „Der Rattenkönig", die in vielen Hunderttausenden Exemplaren verbreitet ist, wurde in besonders raffinierter Weise die Ehrabschneiderei betrieben. Daß gegen unsere Parteigenossen nicht das geringste Belastende vorlag, wurde schon vor Jahr und Tag durch einen sozialdemokratischen Untersuchungsausschuß festgestellt. Aber auch die Verleumdungen gegen Ernst Georg Sklarz, der niemals unserer Partei angehört hat, bei dem aber gelegentlich auch sozialistische Abgeordnete verkehrten, brachen mehr und mehr zusammen. Jetzt sieht sich das führende deutschnationale Blatt, die „Deutsche Tageszeitung", genötigt, folgende Erklärung aufzunehmen:

„Das Ende des Falles Sklarz. — Nachdem die gegen Herrn Georg Sklarz eingeleiteten Ermittelungsverfahren von der Staatsanwaltschaft wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden sind, stehen wir nicht an, die gegen Herrn Georg Sklarz in einer Reihe von Artikeln erhobenen Vorwürfe, die auf Grund falscher Informationen zweier Korrespondenzbureaus von uns gebracht worden waren, mit Bedauern zurückzunehmen."

Diese Erklärung brachte die „Deutsche Tageszeitung" am Freitag, den 11. November. Wir haben zehn Tage gewartet, ob irgendeine der vielen bürgerlichen Zeitungen, die jahrelang über den „Fall Sklarz" das Blaue vom Himmel heruntergelogen haben, soviel Anstand aufbringen, wenigstens diese Notiz aus der „Deutschen Tageszeitung" nachzudrucken. Uns ist kein solches Blatt zu Gesicht gekommen. Auch die unabhängige und kommunistische Presse, die sich eifrig an diesem Verleumdungsfeldzug beteiligt hat, schweigt sich aus.

Ein Generalmajor verleiht Orden an die Schupo.

Auf unseren Tisch flattert folgendes

Besitz-Zeugnis.

Dem Polizeiwachtmeister Herrn
Bruno L. . . . . — 3. Hundertschaft,
Schutzpolizei Soest, ist am 15. 4. 1921
das Schlesische Bewährungsabzeichen (Schlesische Adler)
2. Stufe verliehen worden.

Stempel:
2. Garde-Kavallerie-Division.
gez. v. Tremitzer,
Generalmajor und Kommandeur der 2. Kav.-Division.

Eine höchst merkwürdige Sache. Ein Generalmajor der Reichswehr verleiht einem Schutzpolizeibeamten einen „Schlesischen Adler". Derselbe Schutzpolizist, der selbst nicht weiß, warum er eigentlich dieses Abzeichen erhalten hat, beschlagnahmt später einen Kraftwagen mit Waffen, der zu einem Gutsbesitzer geschafft werden sollte und wird nun — entlassen, und zwar wegen „parteipolitischer Betätigung".

Wir hoffen, daß der Minister des Inneren, Genosse Severing, hier einmal nach dem Rechten sieht. Vielleicht ist aber auch Herr Geßler einmal so freundlich und kümmert sich um den schlesischen Adlerorden verleihenden Generalmajor, für den doch die Reichsverfassung auch vorhanden sein sollte.

Gegen den Rockstroh-Betriebsrat.

Als eine Ententekommission in den Rockstrohwerken nach verstecktem Kriegsmaterial suchte — das wirklich vorhanden war, wie sich später herausstellte — stand der Betriebsrat auf seiten der Werksdirektion, die der Kommission die Untersuchung unmöglich machen wollte. Zu diesem Vorgang wird uns folgende Resolution zur Verfügung gestellt:

„Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A.-G., mißbilligt im Einverständnis sämtlicher Betriebsräte der Deutschen Werke Vorgänge, wie sie sich in der Fabrik Rockstroh und Schneider, Heidenau, ereigneten. Solche Vorgänge sind geeignet, den Verdacht der Entente, man wolle sich einer Kontrolle über Kriegsgerät und Kriegswaffen entziehen, zu bestärken. Die Betriebsräte erklären als gesetzlich verantwortliches Organ der Arbeitnehmer, daß sie mit allen Mitteln den Frieden sichern wollen, und sich einer Kontrolle auf Anfertigung von Kriegswaffen und Kriegsmaterial oder deren Lagerung nicht widersetzen.

Um so entschiedener wenden sich die Arbeiter aber gegen alle Maßnahmen der Entente auf Zerstörung von normalen Produktionsmitteln oder Lahmlegung wichtiger, nur der Friedensarbeit gewidmeten Betriebsstätten."

Die Börse streikt.

Wien, 21. November. (WTB.) Heute kam es an der Börse wegen des von der Regierung im Nationalrat eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach von den Börsenbesuchern eine monatliche Abgabe von 100 Goldkronen erhoben wird, zu Lärmszenen. Vertreter von Börsenfachverbänden erklärten, jeden Geschäftsverkehr verhindern und streiken zu wollen. Am Schwarzen Brett der Börse wurde um 12 Uhr mitgeteilt, daß bis auf weiteres keine Börsenversammlungen stattfinden.

Die Aussichten der Washingtoner Konferenz.

Der Sonderberichterstatter des Newyork Herald in Washington glaubt voraussehen zu können, daß die Konferenz zu folgenden vier Ergebnissen führen werde:

1. Ueber die Abrüstung zur See werde eine Abmachung zustande kommen, die getrennt von jeder andern unterzeichnet und möglicherweise sogar noch vor der Vertagung der Konferenz dem Senat zur Ratifikation werde vorgelegt werden können. 2. werde es zu irgendeiner Abmachung mit China kommen durch bereitwillige Aufgabe gewisser Rechte der Mächte in China und einer neuen Bekräftigung der Politik der offenen Tür. 3. Es bestehe wenig Aussicht auf eine Verständigung über die Abrüstung zu Lande. Dieser Punkt werde möglicherweise erst in einem oder zwei Jahren zur Beratung kommen, wenn die Lage in der gesamten Welt mehr geklärt sei. 4. werde möglicherweise irgend eine Abmachung über die Verwendung von giftigen Gasen und flüssigem Feuer, über Ubootsangriffe auf unbewaffnete Kauffahrer und über Luftangriffe auf offene Städte getroffen werden. Eine Verwendung dieser Kampfmittel bei einer zivilisierten Kriegsführung werde durch diese Abmachung verworfen werden.

Stand der russischen Hilfsaktion am 15. Oktober 1921.

Uebersicht der dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellten Beträge zugunsten der Hungerleidenden Rußlands.

Land	Mitgliederzahl	Währung des Landes	Holländische Währung
Belgien	718410	Frs. 213 223.93	f. 42 500.—
Dänemark	279 255	D.Kr. 30 000.—	„ 17 200.—
Deutschland	8000000	M. 3 735 040.70	„ 37 500.—
Frankreich	1500000	Frs 500 000.—	„ 105 000.—
Großbritannien	6600000	Pfd. Stl. 2 500.—	„ 28 750.—
Italien	2055773	Lire 1 000 000.—	„ 120 000.—
Luxemburg	27000	Frs. 5000.—	„ 1000.—
Niederlande	216000	f. 29 500.	„ 29 500.—
Oesterreich	1000000	Kr. 17 281 265.75	„ 18 000.—
Schweden	277000	Sch. Kr. 80 000.—	„ 52 800.—
Schweiz	223000	Frs. 50 000.—	„ 27 500.—
Spanien	240113	Peseta 28 000.—	„ 11 150.—
Tschecho-Slowakei	740000	Tsch. Slow. Kr. 2 000 000.—	„ 80 000.—
Internat. Transportarbeiter-Föderation	—	f. 2000.—	„ 2000.—
Internat. Hutmacher-Föderation	—	R. M. 1000.—	—
Verschiedene Gaben			„ 1 250.—
			f. 574 150.—

Neue Kämpfe in Irland. Wie aus Belfast gemeldet wird, haben sich neue Zusammenstöße ereignet, bei denen eine Person erschossen und zahlreiche verwundet wurden. Truppen haben die Stadtteile, in denen die Unruhen vor sich gehen, besetzt. Das Schießen dauerte fort bis 10 Uhr abends und wurde bei Tagesanbruch fortgesetzt.

Die Schwäbische Tageszeitung ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Die Marketenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege
von Erckmann-Chatrian.

40. Fortsetzung.)

Dann goß er einige Tropfen in mein Glas und füllte das seinige und das der Frau Therese bis zum Rand mit dem Rufe: „Auf Ihre Gesundheit, Frau Therese!" — „Und auf die Ihrige und die von Fritzel," erwiderte sie.

Und so tranken wir den alten, zwiebelschalenfarbigen Wein, der mir so mundete. Wir wurden ganz lustig; die Wangen der Frau Therese nahmen eine lichte rosafarbene Färbung an, als ob sie die wiedergewonnene Gesundheit verkündigen wollten, und lächelnd sagte sie: „Dieser Wein belebt mich wieder."

Dann sprach sie davon, wie sie sich künftig dem Hause nützlich machen wolle. „Ich fühle mich jetzt kräftig," sagte sie, „ich kann arbeiten, ich kann Ihr altes Weißzeug ausbessern; es gibt solches doch auch bei Ihnen, Herr Jakob?" — „O, gewiß,, gewiß," antwortete der Onkel mit Lachen. „Lisbeth hat keine zwanzigjährigen Augen mehr, sie braucht stundenlang zu einer Fliderei; Sie können sich da große Verdienste erwerben. Aber soweit sind wir noch lange nicht, noch ist Ihnen Ruhe nötig." — „Gut," sagte sie mit einem sanften Blicke auf mich, „wenn ich noch nicht arbeiten darf, so erlauben Sie mir wenigstens, manchmal bei Fritzel Ihre Stelle einzunehmen. Sie haben nicht immer Zeit zu Ihren französischen Lektionen, und wenn Sie wollen ..."

„Ach, was dies anbelangt, das ist etwas anderes," rief der Onkel; „ja, das ist ein herrlicher Gedanke. Ganz recht. Höre, Fritzel, künftig nimmst Du Deine Lektionen bei Frau Therese; Du wirst Dir Mühe geben, Nutzen daraus zu ziehen, denn die guten Gelegenheiten,, sich zu unterrichten, sind selten, sehr selten."

Ich war ganz rot geworden, denn ich dachte, Frau Therese habe viel übrige Zeit; sie erriet aber meine Gedanken und sagte gutmütig: „Fürchte nichts, Fritzel; ich lasse Dir Zeit zum Herumspringen. Wir lesen zusammen den Herrn Buffon, aber nur eine Stunde morgens und eine Stunde abends. Sei ruhig, mein Kind, Du sollst keine Langeweile haben."

Sie hatte mich sanft zu sich herangezogen und küßte mich; da ging die Türe auf und Mauser und Koffel traten in den Sonntagskleidern herein; sie kamen zu uns zum Kaffee. Man konnte leicht wahrnehmen, daß der Onkel, der sie diesen Morgen eingeladen, ihnen von dem Mut und dem großen Ansehen erzählt hatte, in dem Frau Therese bei den französischen Armeen stand, denn sie waren gar nicht mehr die alten. Der Mauser behielt seine Mardermütze nicht mehr auf dem Kopf, aufmerksam, mit offenen Augen schaute er um sich, und Koffel hatte ein frisches Hemd angelegt, dessen Kragen ihm bis über die Ohren heraufging; er stand aufrecht da, die Hände in den Rocktaschen, und seine Frau hatte ihm offenbar einen Knopf annähen müssen, um den zweiten Hosenträger einzuhängen,, denn heute war seine Hose, statt über die eine Hälfte herabzuhängen, auf beiden Seiten gleich weit heraufgezogen; überdies hatte er statt seiner durchlöcherten Schlappen seine Festtagsschuhe angezogen. Kurz, beide hatten das Aussehen wichtiger Personen bei irgendeiner außerordentlichen Zusammenkunft, und beide grüßten, sich würdevoll verneigend, mit den Worten: „Unseren Gruß der verehrten Gesellschaft." „Schön, daß Ihr da seid," sagte der Onkel, „kommt, setzt Euch!" Dann wandte er sich gegen die Küche und rief: „Lisbeth, Du kannst den Kaffee bringen."

Fast in demselben Augenblick sah er durchs Fenster den alten Schmitt vorübergehen, und sogleich sprang er auf, klopfte an die Scheibe und sagte: „Das ist noch ein Soldat vom alten Fritz. Frau Therese, es wird Sie freuen, seine Bekanntschaft zu machen; er ist ein braver Mann."

Vater Schmitt kam näher herbei, um zu sehen, warum ihn der Herr Doktor gerufen hatte, während Onkel Jakob das Vorfenster öffnete und zu ihm sagte: „Vater Adam, macht uns das Vergnügen und kommt herein zu einer Tasse Kaffee; ich habe auch noch von dem alten Kognak, Ihr wißt schon!" „Ei, gerne, Herr Doktor, sehr gerne," erwiderte der Alte. Dann trat er militärisch grüßend auf die Schwelle: „Ihnen aufzuwarten."

Nun sprachen Mauser, Koffel und Schmitt, die verlegen um den Tisch herumstanden, ganz leise untereinander und schielten nach Frau Therese hin, wie wenn sie sich etwas wichtiges mitzuteilen hätten. Lisbeth legte einstweilen das Tischtuch auf und entrollte das Wachstuch über die Tafel her, während Frau Therese fortfuhr, freundlich mit mir zu sein und mir die Haare streichelte, ohne anscheinend zu bemerken, daß man von ihr spreche. Endlich trug Lisbeth die Tassen und die kleinen Karaffen mit Kognak und Kirschwasser auf, bei deren Anblick sich der alte Schmitt umdrehte und vor Wohlbehagen die Augen zudrückte. Endlich kam auch die Kaffeekanne und der Onkel lud mit den Worten: „Setzen wir uns" zum Sitzen ein, was alsbald geschah.

Hierauf bat Frau Therese voll Freundlichkeit, gegen die braven Männer: „Erlauben Sie, meine Herren, daß ich Sie bediene."

Sofort antwortete Vater Schmitt, indem er wieder hinaufstach: „Erlauben Sie mir, die Honneurs von Ihnen abzugeben."

Koffel und der Mauser sahen einander verwundert an und jeder dachte: „Der Vater Schmitt hat da etwas sehr Passendes und Vernünftiges gesagt."

Frau Therese schenkte die Tassen ein, man trank in der Stille, bis der Onkel die Hand auf Vater Schmitts Schulter legte und anhob: „Frau Therse, ich stelle Ihnen hier einen alten Soldaten des großen Fritzen vor, einen Mann, der es trotz seiner Feldzüge und seiner Blessuren, seines Mutes und seiner guten Aufführung nur zum einfachen Sergeanten brachte, den aber alle braven Leute des Dorfes wie einen Hauptmann achten."

Nun erst faßte Frau Therese den Alten, der sich im Gefühl einer natürlichen Würde in seinen Stuhl zurückgeworfen hatte, mehr ins Auge. „In den Armeen der Republik hätte Herr Schmitt General werden können," erwiderte sie. „Wenn Frankreich jetzt ganz Europa bekriegt, so geschieht's, weil es nicht länger dulden will, daß Ehre,, Glück und alle irdischen Güter nur auf das Haupt einiger Weniger gehäuft werden, wenn sie auch noch so lasterhaft sind, alles Elend dagegen und alle Demütigungen auf das Haupt der anderen, trotz ihrer Verdienste und ihrer Tugenden. Die Nation findet das dem göttlichen Gesetz zuwider, und um diese Aenderungen durchzusetzen, sterben wir lieber alle, wenn es sein muß."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0002

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Vorstoß der Industrie. — Erhöhung der Kohlenpreise. — Konzentration im Bankgewerbe.

Die Antwort des Reichsverbandes der deutschen Industrie, auf die Anforderung größerer Kredite zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen der Regierung zur Verfügung zu stellen, läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, in welcher Machtposition sich die Herren der Industrie fühlen. Auf die Forderung des Eingriffs in die Sachwerte der privaten Unternehmungen, damit auf diesem Wege die Flüssigmachung eines ausländischen Kredits ermöglicht werde, antwortet die Industrie mit einem Eingriff in die Sachwerte die im Besitz des Staates sich befinden. Schroffer kann die Herausforderung der selbstbewußten Industrieherren kaum zum Ausdruck kommen. Man beginnt mit der Besitzänderung der Eisenbahn und deutet zugleich an, daß hier erst die Aktion beginnt und fortgesetzt wird mit der Ueberführung der Post, der Reichswerke, der kommunalen Betriebe in die private kapitalistische Ausbeutung. Was das alte Regime an Staatsbetrieben aufgerichtet hat und den privaten Spekulationen entzog, soll unter der Republik wieder dem kapitalistischen Regime restlos ausgeliefert werden. Es wäre ein Hohn für die Republik, wenn sie zu einer solchen Umwandlung der Betriebe sowie der kommunalen Unternehmungen in privat-kapitalistische Herrschaft auch nur die geringste Neigung zeigte.

Leider besteht heute in der Bevölkerung eine sehr oberflächliche Kenntnis über die Ursachen, weshalb unsere Eisenbahnunternehmungen keinen finanziellen Erfolg mehr aufweisen und man ist leicht geneigt, den Staatsbetrieb mit seiner angeblichen Rückständigkeit als die Ursache des großen Defizits zu bezeichnen. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß es in Deutschland keine Privatbahn gibt, die bei dem gegenwärtigen Tarif lebensfähig ist, und daß selbst Unternehmungen, die bisher gut florierten, heute an die Regierung herantreten, um Unterstützung zu erbitten. Das Gleiche ist über die privaten Eisenbahnen im Auslande zu berichten. Auch dort mußte den Unternehmungen bereits stark durch Subvention aus Staatsmitteln geholfen werden. Es gilt das insbesondere von den Unternehmungen in Frankreich, die restlos zu den notleidenden gehören. Die großen Defizite in den Eisenbahn-Unternehmungen resultieren daher, daß diese Unternehmungen in der Tariferhöhung nicht so weit gehen konnten, als im Hinblick auf die Preiserhöhung für ihre Betriebseinrichtungen notwendig war. Betrachtet man die Aufwendungen der deutschen Eisenbahn geteilt nach Gehältern und Kosten der Materialien, so ergibt sich, daß die Materialien weit höher in Ansatz zu bringen sind als die Gehälter. Gegenwärtig sind die Betriebsmittel durchschnittlich um das 25fache höher im Preis gegenüber der Zeit vor dem Kriege, während die Gehälter ungefähr um das Zehnfache gestiegen sind. So belastet heute das Unternehmen das Materialienkonto stärker als die Gehälter. Ueber die Steigerung der Materialien sind vor kurzem folgende Zusammenstellungen gemacht:

Preise für:

	1913	1921
Lokomotiven	94 000 Mk.	1 580 000 Mk.
Personenwagen	39 000 „	595 000 „
Güterwagen	3700 „	62 000 „
Kohle (Tonne)	13 „	333 „
Schienen (Tonne)	118 „	2277 „
Schwellen	109 „	2317 „
Stabeisen	98 „	3000 „

Der Frachtentarif ist gegenwärtig um das 13fache gegenüber dem Jahre 1913 heraufgesetzt, während die Preise für alle übrigen Leistungen und Waren weit über diese Steigerung hinausgegangen sind. Die Unternehmungen der Eisenbahn leiden viel weniger unter Erschwerungen in der Betriebsverwaltung, die sicherlich auch vorhanden sind, als unter nicht abzuwendenden erhöhten Kosten für ihre Betriebseinrichtung. **Kein privater Betrieb wäre imstande, anders diese Unternehmungen auf die Höhe zu bringen, als durch erhebliche Heraufsetzungen der Tarife.** Dazu bedarf es nicht des Privatbetriebes; eine solche Aenderung kann jederzeit auch der Staatsbetrieb vornehmen und ebenso würden Vorschläge zur Vereinfachung der Betriebsverwaltungen nicht auf die Herren Stinnes und Thyssen zu warten haben, sondern sie könnten sehr gut auch von dem gegenwärtigen Betriebe durchgeführt werden, nur mit dem Unterschiede, daß dann der Nutzen, wie es vor dem Kriege der Fall war, dem Staate zugute kommt und nicht privaten Interessenten.

Der Plan der Schwerindustrie ist deutlich ersichtlich: man will dazu kommen, wie in den großen amerikanischen Trusts, die Organisation der Kohle verarbeitenden Industrie und schließlich die Beherrschung der Transportmittel in die Hand zu bekommen. Das wäre der Schlußstein der Gründungen, die heute von den Industrieherren geführt und geleitet werden.

Aber der Beschluß des Reichsverbandes der Industrie besagt mehr, als bisher in der öffentlichen Diskussion hervorgetreten ist. Er verlangt die Befreiung aus den Fesseln der Zwangswirtschaft, d. h. Aufhebung des Achtstundentages; das bedeutet die Beseitigung der Bewirtschaftung der Kohle, des Kali, des Eisens und die uneingeschränkte Freigabe der Ausfuhr und Aufhebung der Ausfuhrabgabe. Es braucht kaum näher begründet zu werden, welche Folgen es zeitigt, wenn unter den gegenwärtigen Verhältnissen jeder staatliche Einfluß auf die Verteilung wichtiger Rohstoffe und Waren ausgeschaltet wird. Mit der Auslieferung der wirtschaftlichen Macht an die Schwerindustrie würde zu gleicher Zeit auch die politische Herrschaft von jener Seite gefestigt werden. Das deutsche Volk soll in die Fesseln des Großkapitalismus hineingeschlagen werden, das ist die Politik, die die Industrie-Könige verfolgen; darüber hat die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie Klarheit geschafft.

*

Im Kohlenbergbau ist es durch Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter und der Industrie zu einem neuen Lohnabschluß gekommen. Es wird dem Bergarbeiter eine Schichtzulage von rund 30 M. gewährt, die in einigen minder gut gestellten Bezirken etwas geringer sein wird. Von den Bergwerksunternehmungen wird in Verbindung mit den gesteigerten Kosten für die Materialien eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise gefordert, die in Ergänzung mit der Kohlensteuer auf rund 120 M. die Tonne in Anschlag gebracht wird. Das würde gegenüber den gegenwärtigen Preisen ungefähr einen Zuschlag von 50% bedeuten. Die Erhöhung der Kohlenpreise wird natürlich ihre Rückwirkung auf die Industrie mit starkem Kohlenverbrauch ausüben. Die Eisenpreise werden abermals anziehen. Bemerkenswert ist übrigens, daß für Eisen in Deutschland im Hinblick auf unsere entwertete Mark noch immer geringere Preise in Ansatz gebracht werden als in England und in den Vereinigten Staaten. Während bei uns Gießerei-Roheisen die Tonne 1484 M. notiert, beträgt der Preis umgerechnet in Mark in England 2593, in den Vereinigten Staaten 2152 Mark. Dagegen stehen wir mit unseren Preisen gegenüber Frankreich und Belgien nicht mehr im Vorteil, sondern sind ungefähr auf der gleichen Höhe angelangt. Mittlerweile ist allerdings durch den sinkenden Wert Deutschland wieder im Vorteil.

Unter unsern Großbanken macht sich sehr stark eine Tendenz zum weiteren Zusammenschluß bemerkbar. Zwei große Bankunternehmungen, die Nationalbank und die Bank für Handel und Industrie haben eine engere Interessengemeinschaft vereinbart und werden ihr Aktienkapital bis auf eine Milliarde erhöhen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch bei den übrigen großen Banken eine Annäherung versucht wird. Bei der Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz dieser großen Bankinstitute wird eine beachtliche Ersparnis an Verwaltungskosten eintreten und der Einfluß des Finanzkapitals muß sich steigern. Bei der Stärkung der industriellen Unternehmungen und ihrer Erweiterungen zu großen Konzernen sind die Bankunternehmungen etwas zurückgeblieben; man scheint nunmehr im Begriff zu sein, das Versäumte nachzuholen. Die kapitalistischen Organisationen erweitern ihre Machtposition auf allen Gebieten. Die deutsche Arbeiterbewegung muß auf der Hut sein, sie muß gegenüber dieser Kräfteentwicklung ihre Position behaupten, wenn sie als Gleichberechtigte im Wirtschaftsleben zur Geltung kommen will.

Notizen.

Der Bund der Kinderreichen verlangt in einer Eingabe an den Reichstag eine wesentliche Erhöhung der Kinderbeihilfen in der Besoldungsordnung, und zwar von 300 Mark auf 480 bis 600 Mark im Monat.

Ein neues Recht für uneheliche Kinder. Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat auf eine Anfrage im Reichstage geantwortet, daß im Reichsjustizministerium ein neuer Entwurf über das Recht der unehelichen Kinder aufgestellt sei. Der Entwurf werde noch mit Vertretern der Länder durchgesprochen und mit möglichster Beschleunigung dem Reichsrate vorgelegt werden.

Der badische Landtag hat heute mit 58 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister wiedergewählt. Zum Staatspräsidenten wurde der Abgeordnete Hummel (Demokrat) gewählt, zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Abgeordnete Trunk (Zentrum.)

Gewerkschaftliches.

Achtung, Tischler!

Die Vulkanwerft in Hamburg setzt ihre Bemühungen um Heranziehung von Tischlern in ganz Deutschland fort. Es werden nach uns zugegangenen Nachrichten in ganz Deutschland wohl zurzeit ca. 1000 Tischler für die Vulkanwerft gesucht, die dort natürlich lange nicht benötigt werden. Der tarifliche Lohn für Arbeiter über 20 Jahre beträgt 5,60 Mk. bis 5,80 Mk., wei ere Verdienstmöglichkeit ist durch ein nicht gerade günstiges Akkordsystem gegeben. Die Werftarbeiterschaft steht deshalb zurzeit in einer Lohnbewegung, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Der Wohnungsmangel, auch für Ledige, ist außerordentlich groß, dazu die Ausgabe für Fahrgelegenheit nach der Werft sehr erheblich.

Wir möchten unsere Kollegen im Lande warnen, mit Arbeitsannahme nach Hamburg recht vorsichtig zu sein.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg.

Genossenschaftliches.

Professor Dr. Franz Staudinger tot.

In den ersten Morgenstunden des 18. November ist der weithin bekannte Theoretiker und auch Praktiker in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Professor Dr. Franz Staudinger, im 73. Lebensjahre in Darmstadt gestorben. Dr. Staudinger hat mit allezeit frischem Geist und frohem Mute dem hohen Gedanken der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft gedient. Er war Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes und der Vertragsgesellschaft deutscher Konsumvereine und des Aufsichtsrates der Darmstädter Konsumgenossenschaft; seine zahlreichen sozialwissenschaftlichen und genossenschaftlichen Schriften und Abhandlungen haben seinen Namen in alle Welt getragen. Nun ist der nimmermüde Vorkämpfer einer sittlicheren, besseren Wirtschaftsordnung, der Mann, den die deutschen Konsumgenossenschaften mit Stolz „unseren Professor" nannten, ins Reich des ewigen Friedens gegangen, nachdem er noch in verhältnismäßiger Rüstigkeit am internationalen Genossenschaftskongreß in Basel im August d. J. teilgenommen und zuletzt vom Krankenbett aus einen längeren wissenschaftlichen Beitrag für die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" verfaßte. Die deutsche Genossenschaftsbewegung steht trauernd, aber in Dankbarkeit an der Bahre dieses hervorragenden Mannes.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Kleines Feuilleton.

Der Sieg der künstlerischen Freiheit.

Der „Reigen"-Prozeß, der vor der 6. Strafkammer des Berliner Landgerichtes III seit einigen Tagen geführt wurde, ist am Freitag beendet worden. Das Urteil brachte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Damit hat eine sämmerliche und beschämende Angelegenheit einen erfreulichen Abschluß erhalten, und wenn der Staat die recht erheblichen Kosten tragen muß, so darf er sich sagen, daß er dafür zur Aufklärung und Aufrüttelung weiter Bevölkerungsschichten kräftig beigetragen hat. Unfreiwillig allerdings, denn der Anwalt des Staates bekundete durch die Wahl seiner Zeugen und Sachverständigen und durch den Antrag, eine Künstlerin wie Gertrud Eysoldt auf vier Monate ins Gefängnis zu sperren, welcher Geist noch immer unsere „Obrigkeit" beherrscht und welche Absichten sie mit dieser vertrackten Aktion verfolgte. Wer die Aussagen der staatsanwaltlichen Hilfstruppen hörte und las, der glaubte sich nicht in die Wilhelminische Aera, sondern ins finstere Mittelalter versetzt. Wenn eine Zeugin dagegen protestierte, daß die vom Gericht angesetzte Probeaufführung des „Reigen" an einem Sonntag Vormittag stattfinde, wenn ein anderer erklärte, daß Stück sei ungünstig, weil es den Geschlechtsverkehr auf „sinnliche Motive" zurückführe, so mag man über solche naive Albernheiten lachen, wenn man aber vernahm, welche ungeheuren Ansichten über Kunst und Moral ein umfangreiches Aufgebot von Männern und Frauen zutage förderte, und wenn man jetzt hört, daß diese Leute von einem Beamten des Berliner Polizeipräsidiums mit öffentlichen Dienststarten versehen zu dem Zweck in die „Reigen"-Aufführung geschickt waren, um hier den vorgeschriebenen sittlichen Anstoß zu nehmen — dann vergeht einem das Lachen und es erhebt sich die ernste Frage: Was wird jetzt geschehen, um eine Wiederholung derartiger skandalöser Vorgänge unmöglich zu machen, die den Freistaat Preußen vor ganz Europa bekamen? Wie lange wird dieser Herr Brunner noch als amtlicher Berater des Berliner Polizeipräsidiums sein Wesen treiben dürfen und wann werden aus dem deutschen Strafgesetzbuch jene Bestimmungen verschwinden, die eine dauernde Bedrohung der deutschen Kunst und der deutschen Künstler bedeuten? Der „Reigen"-Prozeß hat alle freien Geister in Deutschland aufgerüttelt. Hoffen wir, daß die durch ihn erregte Bewegung nicht eher verebbt, als bis die praktischen Forderungen durchgesetzt sind, auf deren Erfüllung ein Kulturvolk des 20. Jahrhunderts Anspruch hat!

*

Das Muckertum und der Reigenprozeß.

Es handelt sich bei der Gerichtsentscheidung über die „Reigen"-Angeklagten sehr wenig um den sittlichen Wert oder Unwert des behandelten Stückes, es handelte sich im letzten Grunde um die Frage, ob dieses vermaledeite Muckertum, das sich so übel und das gesunde Urteil verpestend breitmacht, tatsächlich in Deutschland fade stinkendes Oberwasser gewinnen soll. Das Gericht hat alle Angeklagten, die sich weder objektiv noch subjektiv vergangen hätten, freigesprochen. Damit ist zugleich ein Urteil über jene armseligen Würmer, die nicht einmal zwischen dem künstlerischen Wert des Stückes, der verschieden ausgemessen werden kann und seiner sonst moralischen und sittlichen Auswirkung scheiden konnten, gesprochen. Wie ist aber die Naturgeschichte dieses prüden Gewürms? Man schaue sich Herrn Brunner an. Dieser Mann ist staatlich für die Jugendfürsorge angestellt, er geht nur ins Theater, um entrüsteten Anstoß zu nehmen, er verteilt „dienstliche" Freikarten, um seine Untergebenen Anstoß nehmen zu lassen. Viele andere Zeugen kamen mit ähnlichen Argumenten, manche, die garnicht im „Reigen" gewesen sind, schrien aus „Anständigkeit" mit im Chor. Eine Lehrerin und M. d. R. ging sogar über den „Reigen" hinaus; diese Jungfrau brachte es fertig, den Sexualakt als etwas verwerflich hinzustellen und ließ ein eigenes, zart-moralisches System durchblicken. Ja, sind wir denn schon ganz und gar verkommen und degeneriert. Ist nicht in den höchststehenden Menschheitsepoken das unplatonische Geschlechtsverhältnis der herrlich-menschlichste Trieb gewesen. Und soll dieser Trieb nicht das höchste Gut bleiben, solange die Erde besteht? Und jetzt kommen diese ausgelaugten Kreaturen und geifern, mit dem „Reigen" als schönes Vorhängebrett, gegen eine moralische Verkommenheit, in der sie selbst stecken. Sie wissen nichts von dem lebendigen, brausenden Leben, das von Ewigkeit zu Ewigkeit die Geschlechter zusammenhält, ein modriger, aus dem Unbewußten kommender Neid richtet sich gegen alles, was sich nicht ihrer blicklosen Ordnung fügt. Aus Unzulänglichkeit fassen sie die Ehe als Kindergeschäft auf und nie würden sie zugeben, das noch wunderbar menschliche und rein sexuelle Beziehungen bestehen. Sie saugen dem größten Teil der kommenden Jugend das Blut aus, rebelliert aber dann doch einmal in einem Produkt dieser Jugend der unbändige Trieb, der nun natürlich in das falsche Fahrwasser gerät, so ist dieser Mensch von Grund auf verdorben. Diese Mucker wissen nicht, daß auch der „Reigen" und sein ganzes Zuschauertum nur eine Folge der eingehemmten Sexualität ist, daß man einen krummen Weg geht, wo die gerade Straße verwehrt ist. Dieser Prozeß ist über den Tag hinaus ein Anzeichen, wie die Unwahrheit in den menschlichsten Angelegenheiten grassiert. Es ist eine Aufdeckung der Struktur unserer sogenannten Hüter der Moral, die sich bis zu einer gewissen Altersstufe „ausgetobt" haben, um jetzt „hohe" Ideale in das Vaterland zu bringen. Die Mittelalter spielen, Sünde propagieren, den unausrottbaren und tiefsten menschlichen Trieb in eine negative Rechnung einstellen. Dieses Pack ist die erste Kraft beim Einbürgern der Unwahrheit in den menschlichen Verkehr. Die Parole heißt: Weg mit diesem kindenden Gezücht! Wir aber wollen ehrlich sein: Die Sexualität kann nur durch Sexualität überwunden werden. Ein ehrliches Bekenntnis zu ihr wird sogar Herr Brunner nicht vereiteln können, es sei denn, er versündige sich vor dem, der die Welt geschaffen hat. Die Praxis aber sollte dies als geistige Grundlage nehmen.

Sozialdemokratische Sauberkeit.

Im „Zwiebelfisch", der eigenartigen Zeitschrift Hans v. Webers, schreibt Hans Reimann über die Not der freien Schriftsteller. Dabei erhält das Feuilleton der sozialdemokratischen Presse folgendes Lob:

„Ein Schriftsteller, der auf Reputation hält, und mag er geradezu von deutschnationaler Gesinnung triefen, darf getrost am Feuilleton sämtlicher sozialdemokratischer Zeitungen mitarbeiten; denn dieses ist, soweit das Auge reicht, sauber und von hohem Niveau —, ob in Bayern, in Westfalen, Sachsen oder Preußen. Beispielsweise hier in Pommern, wo ich das Vorliegende zu Papier bringe, erscheint der Volksbote (Stettin) mit Romanen Fontanes und Gottfried Kellers; nimmt man die bürgerliche Presse zur Hand: Hedwig-Courths-Mahler."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0003

Dresdner Bank Filiale Halle.

Telephon 5095, 5098 — Marktplatz 22.

Eröffnung der Kassenräume
Mittwoch, den 23. November 1921.

Kassenstunden 9 bis 1 Uhr.

Sorgfältigste Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte.

Kapital und Reserven der Dresdner Bank 500 Millionen Mark.

B. B.B.

Beth's Bunte Bühne.
Vornehme Künstlerspiele.

Gastspiel von
Ludwig Heine
vom Stadttheater zu Leipzig sowie von
Margit v. d. Schenk
die gefeierte Operndiva von der Staatsoper zu Budapest und die übrigen Attraktionen.

VOLKSPARK
Freitag, den 25. November 1921, abends 8 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert.
vom
Stadt-Theater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister Hans Stieber.
Solist: Solocellist Franz Weise.
Eintrittspreis: 5. M. inkl. städt. Kartensteuer und Programm.
Vorverkauf Buchhandlg. Volksstimme, Volksbuchhandlung, Volkspark, Volksbühne Brüderstraße 1 und Stadt-Theaterkasse.

Felle u. Häute
kaufen zu höchsten Preisen
Gebr. Jankowsky, Halle a. S.
Zinkgartenstr. 9. Tel. 3711

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10.
Buchhandlung Volksstimme Halle.

Irrigateure
Spülapparate
Watte — Bett-Unterlagen
Windeltöschen — Gummischläuche
Sämtl. Bedarfsartikel für Wöchnerinnen
in grosser Auswahl billigst.
Ferner:
Baby-Wagen
zum Wiegen, auch leihweise.
Hugo Nehab
Nachf.
3 Große Ulrichstr. 3
Markthähe.
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.

= Handschuhe =
in Leder, Stoff und Seide für Damen und Herren.
Solide Qualitäten. Beste Verarbeitung.
C. Grötzner Inh. Ernst August Schmidt.
Große Stein-Straße 1, Ecke Gr. Ulrich-Straße.

Lumpen kg 1 Mk.

Knochen	kg 1.00	Papierabfälle	kg 0.80
Schmiedeeisen (blechfrei)	„ 1.30	Bücher u. Zeitungen	„ 1.30
Kupfer	„ 24.00	Ia. Maschinenguß	1.60
Zink	„ 8.00	Messing	kg 18.00
Blei	„ 8.00		

Winter-Hasenfelle Stück 25 Mk.
Ziegenfelle Stck. von 50—200 Mk.

P. Theuring
Nur Gr. Brunnenstr. Telef. 5659. — Nur Triftstraße 24 Telef. 4363.
Industrie und Händler Extra-Offerte.
Lasse auch sofort kostenlos abholen.
Tücht. Provisions-Reisender für Orte f. d. bei mir eine gute Bedeutung

---

Stadt-Theater
Mittwoch, den 23. Nov.
Anf. 7½, Ende 10 Uhr
Schönheit u. Tugend
(Una cosa rara)
Singspiel v. V. Martin.
Donnerstag
Nichtöffentl. Vorstellung

Brieftaschen
:: in prima Leder ::
preiswert u. gut nur bei
Kugo Krasemann
Lederwaren-Spezialgeschäft
nur
Schmeerstr. 19.

Weißwaren.
Filzschuhwaren
in bekannter Güte empfiehlt
Wilhelm Wunderlich,
31 Mühlstraße 31
(neben Café Rabes).
Daselbst werden auf Wunsch in zwei Stunden
Stiefel und Schuhe
besohlt.

Goldene
Trauringe
in jeder Preislage
Alexander Peto
(vorm W. Hempel)
Halle (Saale)
Leipziger Straße 83
(am Turm).

Ein Waggon eingetroffen.
Neu aufgenommen
Eine Delikatesse
fix und fertig
als Beilage zu Gemüse usw. sowie pur als Ia Brotbelag, Marke
„Libby"
hergestellt aus
Kalb- und Schweinefleisch
1/4 Pfund Mk. 4,50.
Kostproben lasse in meinen Filialen verabreichen.
Albert Knäusel.

Möbelbezugsstoffe
sonstige Polstermittel
Adolf Wünsch
Ludwig Wuchererstr. 1a.

Gummi-Absätze
Schuh-Creme
Groß- und Kleinverkauf zu noch sehr billigen Preisen.
Rob. Schmeisser,
Gr. Märkerstr. 5.

Scheuertuch-Fabriklager
Adolf Wünsch
Ludwig Wuchererstr. 1a.

Stellen finden.

Tüchtige Kesselschmiede und Stemmer
bei hohem Lohn in der Nähe von Halle gesucht. Wohnung vorhanden. Offert. unter V. St. 69 an die Expedition dieser Zeitung

---

Tücht., älterer, erfahr.
Bauschlosser
gesucht.
Speck, Marienstraße 4.

Wringmaschinen
repariert u. sehr neue Walzen ein
Otto Sparmann,
neben Wolhalle. Fernspr. 6504

Erhält die Schuh'
Verlangen Sie überall Pilo-Extra
(friedensmässig hergestellt).

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausmutz
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Ernst Heilmann:
100 Milliarden neue Steuern.
Wer soll zahlen?
Arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten?
Preis M. 2.50 und 15 Pf. Porto.
Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle. Herz 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Delitzsch. Mittwoch, den 23. Nov., abends 8 Uhr wichtige Funktionärs-Versammlung der S. P. D. im „Fürsten Bismarck". Klubzimmer.
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0004

An die Parteigenossen des Bezirks Halle-Merseburg.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und damit jedes einzelnen Angehörigen des werktätigen Volkes steht unter dem Druck einer gewaltigen Finanzkrise. Unabsehbar sind die Sorgen, die sich vor den Augen des wirtschaftlich Schwachen auftürmen.

In dieser Situation, die eine einige geschlossene Front aller Angehörigen des werktätigen Volkes, ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, erfordert, hält es die Kommunistische Partei für angebracht, ihre Spaltungstaktik zugunsten der Industriellen in Anwendung zu bringen.

In geschickter Weise stellt sie in den Vordergrund das bedauernswerte Schicksal der Opfer ihrer wahnsinnigen Märzaktion. Die Einzelforderung der Freilassung der Verurteilten soll zum Ausgangspunkt eines Generalstreiks gemacht werden.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei verweigern den Verurteilten durchaus nicht ihr Mitgefühl und werden nach wie vor sich dafür einsetzen, daß alle Urteile in entgegenkommender Weise nachgeprüft werden und der Strafvollzug in humanster Weise durchgeführt wird. Sie weisen darauf hin, daß außerordentliche Gefahren für das Volk, die einen Generalstreik zum Schutze seiner Lebensinteressen notwendig machen können, von ganz anderer Seite drohen.

In der Frage der Lichtenburger Gefangenen vertrauen sie der Tatkraft der im Parlament und in der Regierung tätigen Genossen, daß es ihnen möglich sein wird, das Los der Gefangenen und deren Familien nach Möglichkeit zu erleichtern. Sie können aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß diese durch ihre Taten im März, wenn auch im Auftrage der K. P. D. ausgeführt, die gesamte Arbeiterbewegung schwer geschädigt haben. Diese Schädigung darf durch einen Generalstreik, ihre Freilassung zu erzwingen, nicht fortgesetzt werden.

Die Mitglieder der S. P. D. lehnen deshalb eine Beteiligung am Generalstreik mit aller Entschiedenheit ab. Gleichzeitig protestieren sie gegen die eigenmächtige Einberufung einer Konferenz sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre durch die K. P. D. in Nr. 272 des „Klassenkampfs" und erklären die dort gefaßten Beschlüsse als nicht bindend für die werktätige Bevölkerung.

Wenn in irgendwelchen Betrieben zur Arbeitseinstellung aufgefordert wird, so werden sie sich daran nicht beteiligen, sondern weiter arbeiten. Werden in den Betrieben Abstimmungen über den Generalstreik vorgenommen, so werden sie sich ebenfalls nicht daran beteiligen.

Das Schicksal der Gefangenen wird nach ihren Willen durch andere Mittel zum Besseren gewendet werden als durch den Generalstreik. Alle Kräfte sind vielmehr darauf zu konzentrieren, den Ansturm der vereinigten Industriellen und Reaktionäre abzuschlagen.

Der Bezirksvorstand der S. P. D.
Die hallenschen Betriebsvertrauensleute der S. P. D.

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Gruppe Zentrum trifft sich heute, abends 7½ Uhr, bei Wind, Krukenbergstr. 6. Heute, abends 7 Uhr, Bezirksvorstandssitzung im Jugendsekretariat. Morgen, abends von 8—10 Uhr, im Mozartheim, Musikgruppe. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, gemeinsame Zusammenkunft aller Gruppen, wozu zahlreiches Erscheinen erforderlich ist.

Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 22. November 1921.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Die neue Vergnügungssteuerordnung. — Beamtenbesoldungsordnung. — Zuwendungen an hallesche Gesangvereine.

Trotz der schwerwiegenden Vorlagen floß die gestrige Stadtverordnetensitzung ziemlich ruhig dahin. Das mag wohl daher rühren, daß Beamtenbesoldungsordnung und Vergnügungssteuerordnung durch das Reich schon so sehr vorgezeichnet sind, daß alle kommunalpolitischen Reden davon wenig zu ändern vermögen. An der Beamtenbesoldungsordnung hatten die Redner der Linken und der Demokraten mit Recht vieles zu bemängeln. Aber jeder stimmte für die Vorlage. Es war überhaupt interessant — dieses Nennen um die Beamtengunst. Und es würde so manchen täuschen, wenn die Gehaltsempfänger nicht schon längst wüßten, wo sie ihre wahre Interessenvertretung finden. Stadtv. Albrecht tramte die Reichstagsverhandlungen über das Beamtenbesoldungsgesetz langatmig aus und malte die Stellungnahme seiner Parteifreunde in lockenden Farben. Es war eine U. S. P.-Jahlrede für ein Beamtenpublikum — weiter nichts. — Wenig Glück hatte Herr Busse, den es in seinem deutschnationalen Herzen bitter schmerzte, daß der Freie Sängerchor eine Zuwendung von 2000 Mark bekommen soll. Er redete von einer „jungen Gründung", über deren künstlerische Leistungsfähigkeit man noch nicht recht Bescheid wisse, fand aber für seine Opposition — drei Stimmen und die übergroße Mehrheit für Annahme der Vorlage. Im übrigen ist Herr Busse zum nächsten Konzert des Freien Sängerchors freundlichst eingeladen. Er kann sich dann ein Urteil über die künstlerische Leistungsfähigkeit dieser Gründung bilden. An den Arbeitersängerchor wagte er sich wohlweislich nicht heran. Auf die Verhandlung des kommunistischen Antrages, der auf eine Unterstützung der Angehörigen von politischen Gefangenen abzielt und in der nächsten öffentlichen Stadtverordnetensitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfte, darf man mit Recht gespannt sein.

*

Zu Beginn der Sitzung bringen die drei linksstehenden Fraktionen und die Demokraten eine abermalige Anfrage ein, die sich dringend nach der Kartoffelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung erkundigt. Dann wird auf Vorschlag des Stadtv. Herzfeld (Dem.) an Stelle von Frl. Schreder Frl. Dr. Lange in den Hauptausschuß des Jugendamtes gewählt. Der Punkt 2 der Tagesordnung bringt die neue Vergnügungssteuerordnung. Sie richtet sich, wie der Berichterstatter Stadtv. Borges (Dem.) ausführt, nach der vom Reiche gegebenen Musterordnung und verbindert dadurch manche Konzession, die man einzelnen berechtigten Wünschen gern gemacht hätte. Die einzelnen Tarife der neuen Steuerordnung sind nach dem künstlerischen Werte der Darbietungen gestaffelt. Die Theater mit ernsten dramatischen Aufführungen kommen mit 10—20 Prozent Besteuerung pro Platz am gelindesten weg. Tanzdarbietungen wurden in dem Tarif 2, der eine höhere Besteuerung vorsieht, eingereiht, da sie nicht als höchste künstlerische Leistungen angesehen wurden. Am stärksten werden die Lichtspieltheater belastet, die bis zu 60 Prozent besteuert werden. Stadtv. Borges empfiehlt als Berichterstatter des Haushaltausschusses die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Günther (Komm.) erklärt, daß die ganze Vorlage als indirekte Steuer gegen die Prinzipien seiner Fraktion verstößt. Eine Heranziehung der Goldwerte sei für die Sanierung der Gemeinden viel aussichtsreicher. Auch hemmgelt er, daß die Kinos am meisten bei der Vergnügungssteuer herangezogen wurden. Dadurch wolle man den kleinen Leuten, die kein teures Theaterbillett bezahlen können, auch noch das letzte Vergnügen rauben. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab. Stadtv. Albrecht (U. S. P.) schließt sich für seine politischen Freunde diesem Standpunkt an, da die Vergnügungssteuer viele kleine Existenzen erdrosselt. Bürgermeister Seydel tritt ihm entgegen. Man dürfe sich nicht auch noch der letzten kommunalen Einnahmequelle begeben. Auch Stadtv. Minner (Dem.) wendet sich gegen die starke Besteuerung der Lichtspieltheater, tritt aber im übrigen für Annahme der Vorlage ein. Hierauf wird die neue Vergnügungssteuerordnung angenommen.

Hierauf bittet der Berichterstatter Hoe (Dem.) um Annahme der Vorlage über die neue Beamtenbesoldungsordnung. Allerdings seien für die Auszahlung der bewilligten Gelder noch nicht alle erforderlichen Mittel vorhanden. Neben den Stadtvo. Albrecht, Mendorf, Graefe und Balke protestiert Gen. Grauenhorst gegen die ungerechte Staffelung der Teuerungszulagen, die bei den höchsten Beamtenklassen sehr beträchtlich, bei den niederen dagegen sehr sparsam angesetzt worden sei. Alle Redner sprechen sich aber trotz den Mängeln der Vorlage aus taktischen Gründen für die Annahme der Vorlage aus. Schließlich wird sie einstimmig angenommen.

Auch der vierte Punkt der Tagesordnung, der sich mit erhöhter Lohnzahlung an städtische Arbeiter befaßt, wird rasch erledigt. Nachdem sich Gen. Müller gegen die ungerechte Dintanjetzung der Notstandsarbeiter gewandt hatte, wurde die Vorlage angenommen.

Hierauf befürwortete Stadtv. Dr. Bundt die Vorlage, die einen Zuschuß zum Bau von Kleinwohnungen vorsieht. Alle Parteien erklären sich mit der Vorlage einverstanden und begrüßen sie.

Die Vorlage auf Erhöhung der Marktstandsgelder wird auf Antrag des Stadtv. Herzfeld (Dem.), der zu diesem Punkte seine ernsten Bedenken äußerst, vertagt.

Bei dem Antrag auf Erhöhung der Vergütungen für die Impfärzte kommt es zu längerem, teils sehr heiterem Rededuell zwischen Stadtv. Weber (Komm.), der als Impfgegner gegen die Vorlage spricht und Stadtv. Dr. Bundt, der gegenteiliger Meinung ist. Schließlich wird die Vorlage, die die Gebühren um 10 000 Mark erhöht, angenommen.

Für Einrichtung von Kochkursen werden auf Befürwortung des Gen. Gerig (7500 Mark bewilligt. Ebenso werden einige Vorlagen, die sich auf die Mittel für technische Verbesserungen an städtischem Eigentum beziehen, angenommen.

Trotz der Vorstellungen des Herrn Busse (D. N.), der für den Sängerbund an der Saale eintritt und dem Freien Sängerchor eine geringere Summe als die vorgesehene zugewendet wissen will, werden die vom Magistrat vorgesehenen Zuwendungen an die hiesigen Sängerchöre bewilligt. Demnach erhält der Freie Sängerchor eine Beihilfe von 2000 Mark, der Arbeitersängerchor 3500 Mark, der Sängerbund an der Saale 3000 Mark und der Stadtsingechor 4500 Mark.

Ein Antrag verschiedener Bureaudiätare auf Anstellung als Verwaltungssekretäre wird an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Schließlich brachten die Kommunisten noch einen Dringlichkeitsantrag ein, die Angehörigen der politischen Gefangenen durch Beträge in der Höhe der Erwerbslosengelder zu unterstützen. Die Anerkennung des Dringlichkeitscharakters dieses Antrages wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien versagt. Deshalb wird dieser Antrag in der nächsten öffentlichen Stadtverordnetensitzung verbandelt werden.

Oeffentliche Beamtenversammlung.

Im Stadtschützenhaus fand am Freitag den 18. Nov. eine vom Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes einberufene öffentliche Beamtenversammlung statt, die zahlreich besucht war. Als Redner war der Direktor Remmers vom Deutschen Beamtenbund gewonnen worden. Er sprach zunächst über die Notwendigkeit eines festen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Beamten und legte den Anwesenden in klaren Worten die Stellung des Beamten im früheren Obrigkeitsstaat und im jetzigen Volksstaat auseinander. Alle Versuche der Beamten sowie der früheren Beamtenverbände, die alte Regierung zu überzeugen, daß auch sie als wichtiger Faktor im Staatsleben anerkannt werden müßten, schlugen fehl. Als willenlose Masse mußten sie dahinschreiten. Die einzige Möglichkeit zu zeigen, daß auch noch da war, bestand darin, ab und zu einmal in der gehorsamsten Einreichung einer Petition, von der man meistens nicht viel wieder hörte.

Erst die Staatsumwälzung hat den Beamten die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie allen übrigen Volksgenossen gebracht. Der Weg, sich gewerkschaftlich zu organisieren, war frei. Leider ist aber bei vielen Beamten der Gewerkschaftsgedanke noch nicht soweit vorgeschritten, wie es notwendig ist. Der Redner verstand es meisterhaft, den Erschienenen den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses eindringlich vor Augen zu führen, indem er sie darauf hinwies, welche Vorteile sich die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen erkämpft und welche Machtstellung sie sich im neuen Staate errungen haben.

Ein wenn auch erst nur geringer Erfolg der Gewerkschaftsarbeit hat sich auch schon bei den Beamten gezeigt und zwar bei Regelung der Beamtenfrage, auf die der Redner dann zu sprechen kam. Wenn noch weite Kreise der Beamtenschaft nicht zufriedengestellt sind, so liegt das auch hauptsächlich an der weiterbreiteten Sonderbündelei. Wären alle Beamten in einer einzigen Gewerkschaft organisiert, so könnten sie eine ganz andere Macht in die Waagschale werfen. Es könnte dann nicht vorkommen, daß die Regierung eine Besoldungsordnung herausbringt, wie es jetzt der Fall war.

Der Deutsche Beamtenbund wird sich mit aller zu Gebote stehenden Kraft für eine sofortige Revision einsetzen, um namentlich den unteren und mittleren Besoldungsgruppen das zum Leben Notwendige zu verschaffen. Eine neue Aktion ist bereits eingeleitet. Es kann schon jetzt behauptet werden, daß die Zeit der Gewährung eines gleichen Teuerungszuschlages für alle Beamten nicht mehr fern ist.

Um diese Forderungen restlos durchzuführen, ist es aber erforderlich, daß die gesamte Beamtenschaft geschlossen in den Kampf zieht. Gewerkschaftsdisziplin und Solidarität, diese beiden Worte sind es, mit denen an das Gewissen der Beamtenschaft appelliert werden muß, dann werden die Erfolge auch nicht ausbleiben.

Der Redner streifte dann noch kurz das in Aussicht stehende Beamtenrätegesetz, wo die Beamtenschaft einen schweren Kampf zu führen hat, wenn sie sich die gleichen Rechte wie Angestellte und Arbeiter sie bereits haben, sichern will. Gewisse Volkskreise setzen alles in Bewegung, um den Beamten wieder zum willenlosen Werkzeug in ihrer Hand werden zu lassen. Lächerlich ist es geradezu, wenn z. B. der Bund der höheren Beamten sich gegen das Mitbestimmungsrecht wendet, weil dadurch die Disziplin gefährdet wird! Nein, die reine Angst ist es in diesen Kreisen, denn sie wissen ganz genau, daß es dann mit ihrer bisher schrankenlos ausgeübten Macht zu Ende sein wird. Das wird aber auch die höchste Zeit! Denn zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist auch die große Masse der Beamtenschaft mitberufen. Sie kann aber nicht mitwirken, wenn die Kräfte, die in ihr heute noch schlummern, gewaltsam niedergehalten werden sollen!

Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Die freie Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft.

Kanzleiinspektor Hofmann aus Erfurt stimmte den Ausführungen des Referenten im wesentlichen zu. Er forderte ebenfalls die Einführung des gleichen Teuerungszuschlages für alle Beamte, da er nicht einsehen kann, daß ein Geheimrat mehr zu essen haben soll wie ein anderer Beamter.

Eisenbahninspektor Sieber unterstrich nochmals die Ausführungen des Redners über Gewerkschaftsarbeit, Gewerkschaftsdisziplin und Solidarität und wandte sich dann in längeren Ausführungen mit aller Schärfe gegen eine Entstaatlichung der Reichseisenbahnen und gegen die Absichten der dabei beteiligten Kreise.

Oberstadtsekretär Alicke klärte die Versammelten an Hand von Zahlenmaterial eingehend über die großen Unterschiede in den einzelnen Besoldungsgruppen auf. Es ist nun die höchste Zeit hier Handlung zu schaffen. Die Mittel dazu stehen der Beamtenschaft zu Gebote, wenn sie nur richtig angewendet werden. Er streifte dann noch verschiedene Vorgänge beim Magistrat hinsichtlich Dienstzeit und Personalreform. Schallendes Gelächter rief die Schilderung der Personalreform für die städtischen Beamten hervor.

Postassistent Knuth schilderte eingehend die Verhältnisse der unteren Besoldungsgruppen und erwartet ebenfalls nunmehr baldige Besserung. Er verbreitet sich dann noch über die Wirtschaft in den Staatsbetrieben, die in vielen Fällen bedeutend rentabler gestaltet werden kann. Wenn die Regierung mit dem Abgang der höheren Beamten in die Privatwirtschaft droht, so soll man sie ruhig gehen lassen. Ersatz und vielleicht bessere Kräfte sind unter den übrigen Beamten genug vorhanden, die man jetzt nur nicht hochkommen lassen will. Er beschäftigte sich dann noch mit der Presse und forderte die Anwesenden unter großem Beifall auf, Blätter, die immer und ewig gegen die Beamtenschaft schreiben, endlich aus dem Hause zu werfen.

Der Referent ging in seinem Schlußwort noch auf verschiedene Ausführungen der Diskussionsredner ein. Er betonte sodann noch den politisch neutralen Standpunkt des Deutschen Beamtenbundes. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird der Beamtenbund jedoch stets an der Seite der übrigen Angestellten und Arbeiter zu finden sein, denn dahin gehört der Beamte als Arbeitnehmer und unsere Verhältnisse sind heute derartig, daß alle Arbeitnehmer gezwungen sein werden, aktiv in die Wirtschaftspolitik einzugreifen. Er betonte zum Schluß noch ausdrücklich, daß sich der Deutsche Beamtenbund jederzeit schützend vor die Verfassung stellt und jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung mit dem gleichen Mittel bekämpfen werde.

Es wurden dann die von uns gestern wiedergegebenen Entschließungen angenommen.

Schwurgericht.

Körperverletzung mit Todesfolge.

Nach der Auslosung der Geschworenenbank wurde gegen den Landwirt Gustav Thiele aus dem Dorfe Moest an der preußisch-anhaltischen Grenze verhandelt. Die Anklage gegen ihn behauptet Körperverletzung mit nachfolgendem Tode und stützt sich auf einen Vorfall am 29. August 1920. An diesem Tage ging der Zimmermann Karl Fleischer mit seinen beiden Söhnen bei Einbruch der Dunkelheit nach dem „Moester Park". Nach ihren Angaben haben sie dort Pilze suchen wollen. Unterwegs kamen sie aber auf den Gedanken, den Pflaumenbäumen des Angeklagten Thiele einen unwillkommenen Besuch zu machen. Thiele erwischte sie bei dem Diebstahl. Er trug ein Gewehr bei sich, schoß auf die sofort fliehenden Diebe und verletzte den Karl Fleischer so schwer, daß dieser wenige Tage darauf starb.

Nun behauptetet der Angeklagte, daß sein Gewehr nur zufällig und durch unglückliches Reiben des Gewehrhahnes mit seinem Rocke losgegangen sei, und die Bediensteten und Nachbarn Thieles, die mit dem Angeklagten die Verfolgung der Diebe aufnahmen, unterstützen ihn vor Gericht in dieser Aussage.

Dieser Behauptung steht aber — wie der Vorsitzende dem Angeklagten treffend vorhält — die Tatsache entgegen, daß Thiele mehrere Schüsse hinter den Dieben herjagte und doch wohl nicht anzunehmen ist, daß sie alle zufällig und durch unglückliche Berührung des Hahnes mit dem Rock des Angeklagten losgingen. Ueber die genaue Anzahl der von Thiele abgegebenen Schüsse schwanken die Angaben der Entlastungs- und Belastungszeugen. Auch der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Cohn kann aus den früheren Angaben des Angeklagten in den Vornehmungen keine Klarheit über die Anzahl der Schüsse bringen.

Der Verteidiger bemüht sich allerdings, im Laufe der Verhandlung allerlei Momente hervorzuheben, die für ein zufälliges Losfallen des Schusses sprechen. Aber der Sachverständige, ein Büchsenmacher, hält dies nicht leicht für möglich. Sonderbar ist nur die Angabe des ersten Sohnes des toten Fleischer der vier Schüsse gehört haben will, während der Angeklagte nur drei Schüsse in seiner Büchse hatte. Wie sich aus den Aussagen des vernommenen Arztes ergibt, der den verletzten Fleischer operierte, waren dessen Verletzungen außerordentlich schwer und schmerzhaft. Der Körper wies zwei Einschüsse, einen Brust- und einen Darmschuß, auf. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf vorsätzliche Körperverletzung mit Todeserfolg, sprachen sich aber auch zugleich für mildernde Umstände aus. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis.

Lehrlingsleiden.

Im Hotel mit dem stolzen Namen „Preußenhof" macht sich in der Behandlung der in dienender Stellung sich befindlichen Angestellten selbstverständlich der alte Preußengeist recht bemerkbar. Das gehört scheinbar zum Namen und zum Ansehen des Hauses. Der Lehrling Mengel, der in diesen geheiligten Hallen seine Ausbildung genießt, lernte ihn in ausgiebiger Weise kennen. Früh ½7 Uhr heißt es aufstehen und dann geht es durch bis abends, sodaß der junge Mensch stets erst gegen 11 Uhr nach Hause kommt. Freie Zeit gibt's für ihn überhaupt nicht. Besteht er wirklich einmal auf seinem Verlangen, dann weist der Oberkellner darauf hin, daß er erst am Tage vorher in der Fortbildungsschule gewesen sei. Ueberhaupt wird ihm die Schulzeit als Freizeit angerechnet, die er abends nacharbeiten muß. Wir halten es für angebracht, daß die Gewerbeinspektion den betreffenden Arbeitgeber auf seine Pflichten aufmerksam macht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0005

Was alles in der Straßenbahn gefunden wurde:

In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1921 sind nachfolgend aufgeführte Gegenstände in den Wagen der städt. Straßenbahn gefunden worden:

7 Spazierstöcke, 7 Regenschirme, 13 Paar Handschuhe, 1 einzelner Handschuh, 4 Schlüssel, 1 Klemmer, 1 Klemmerfutteral, 1 Theaterglas mit Tasche, 1 Lampe, 1 Ring, 1 Halskette, 1 Glas, 1 Seitengewehr ohne Scheide, 1 Kochgeschirr, 1 Tasche mit Topf, 1 Geldschein, 1 Netz, 3 Bücher, 1 Bibel, 1 Schulatlas, 2 Hüte, 2 Hemden, 1 Malkasten, 2 Beutel, 1 Brieftasche, 1 Notizbuch, 1 Mappe, 3 Säcke, 1 Kopftuch, 2 Kinderschürzen, 1 Paar Segeltuchschuhe, 1 Paar Hausschuhe, 1 Paket Schokolade, 3 Frühstückstaschen, 1 Taschentuch, 1 Gürtel, 2 Schachteln Zigaretten, 4 Markttaschen, 1 Mütze, 10 Portemonaies.

Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 980/981 BGB. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbüro, Berliner Straße 1, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert. Der Zeitpunkt der Versteigerung wird z. Zt. bekanntgegeben.

Deutsche Gewerbeschau in München.

Uns wird folgende Zuschrift zur Verfügung gestellt: In der Zeit vom Mai bis Oktober 1922 wird die „Deutsche Gewerbeschau München 1922" stattfinden. Die Gewerbeschau ist keine Veranstaltung, die sich auf das Münchener oder bayerische Gewerbe beschränkt, sie soll vielmehr beweisen, was das gesamte deutsche Gewerbe zu leisten vermag; dem Auslande soll sie zeigen, daß der Wert der deutschen Waren in der geistigen und technischen Durcharbeitung und der Güte des Erzeugnisses liegt; sie will zugleich eine Anregung für die deutsche Produktion, besonders des Handwerks sein, immer größeren Wert auf hochwertige Qualitätsarbeit zu legen. Die besondere kulturelle, wirtschaftliche und künstlerische Bedeutung einer solchen Veranstaltung bedarf keiner besonderen Erläuterung. In den wichtigsten Orten Deutschlands und des in Frage kommenden Auslandes sind Vertrauensleute und Ortsausschüsse eingesetzt, welche nähere Auskunft über die Ausstellung betreffende Fragen geben können. Wo solche Einrichtungen nicht bestehen, steht die Geschäftsstelle der „Deutschen Gewerbeschau München 1922", München Theresienhöhe 4 a, von der auch Gewerbeschriften und Ausstellungsbedingungen zu beziehen sind, zur Verfügung.

Dem preußischen Gewerbe kann eine rege Beteiligung an der Gewerbeschau nur warm empfohlen werden. Das gilt ganz besonders für die Qualitätsarbeit des Handwerks, deren Absatz neue Bahnen eröffnet werden sollen.

Dresdner Bank (Filiale Halle.) Wie aus dem heutigen Inseratenteil ersichtlich, hat die Dresdner Bank, Filiale Halle, mit dem heutigen Tage in ihren Geschäftsräumen, Marktplatz 22 (früher goldenr Ring), ihre Tätigkeit aufgenommen.

Die Bauarbeiten sind allerdings erst soweit vorgeschritten, daß zunächst nur die unten gelegenen Räumlichkeiten (Kasse usw.), die für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sind, bezogen werden können. Die Arbeiten in den oberen Etagen werden noch im Laufe d. J. beendet sein.

Die Leitung der Filiale übernimmt Herr Direktor Karl Günther aus Greiz. Zum Abteilungsdirektor ist Herr Kurt Böhm, zu Prokuristen Herr Oskar Richter und Herr Hans Stahnke ernannt

Vorsicht vor Kellereinbrüchen. Seit kurzer Zeit mehren sich die nächtlichen Kellereinbrüche. Die Täter steigen von der Straße ein und stehlen eingelegte Eier, Wein, Kartoffeln und sogar Kohlen. Die Wohnungsinhaber werden gut tun, ihre Kellerfenster gut zu verwahren, um sich vor derartigen Diebstählen zu schützen.

Holzarbeiter-Lehrlingsversammlung am Mittwoch, 23. November 1921, im Gewerkschaftshaus, ½8 Uhr.

Der Künstlerverein auf dem Pflug sammelt in seinem Kreise eine Reihe schaffender Künstler, die z. T. aus Ost und West, aus Süd und Nord nach Halle verschlagen sind, und die nun ihre berufliche Tätigkeit hier festhält. Der Vereinsabend am 12. Nov. bot vielen von ihnen Gelegenheit, ein Stück aus der fernen eigenen Heimat, ein Stück warmen, tief empfundenen Lebens vor den Zuhörern aufzurollen. Der Abend war den Dialektdichtern gewidmet. Robert Moritz und Klaus Groth, Niebergall und Stieler, Sommer, Stolze Queri und andere sprachen durch ihre Dichtungen zu den Anwesenden. Das Platt aus Westfalen. Holstein und Mecklenburg ergötzte durch seine behagliche Breite. Es folgten in anmutigem Wechsel Rudolstädter Klänge, Laute vom bayerischen Oberland, Darmstädter und Frankfurter Mundart; und auch das Hallische kam zu seinem Rechte. Schnell gingen die Stunden dahin, und die Zuhörer hätten gern noch länger diesen schier unerschöpflichen Quell rauschen hören. Nachgetragen sei, daß der K.-V. a. d. Pfl. vor einigen Wochen einen Dante-Abend veranstaltet hat, bei dem es dem Vortragenden trefflich gelang, ein Bild des Dichters aus seinen Werken zu geben.

Stadttheater. Morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr, wird das Singspiel „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara) wiederholt. Donnerstag und Freitag finden nichtöffentliche Vorstellungen statt. Sonnabend abend 6 Uhr „Tristan und Isolde". Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Das Postamt", abends „Schönheit und Tugend".

„Ein selten Ding" (Una cosa rara) Schönheit und Tugend bewährt im Stadttheater nicht nur seinen Seltenheitswert, sondern auch die lebendige Anziehungskraft eines flott bewegten Liebes- und Intrigenspiels. Die liebenswürdige Pikanterie der Handlung, die leichte Beschwingtheit deer Musik, die graziöse Farbigkeit rasch absolgender Bühnenbilder — alles vereinigt sich um den mühelos beglückenden Geist des Rokoko aufsteigen zu lassen — aus dem Vincenzo Martin, der Publikumsliebling der Mozartzeit, seine „Operette" schöpfte. Die Hallische Aufführung wird in mehreren anderen Städten des Reichs (zunächst in Frankfurt a. M.) in der hiesigen Bearbeitung Nachfolge finden. Die nächsten Wiederholungen des Werkes finden am Mittwoch und Sonntag abend statt.

Freie Volksbühne Halle. College Crampton. Spieltage: K: Mittwoch, den 23., L: Sonnabend, den 26., M: Montag, den 28., N: Mittwoch, den 30. November. Nathan der Weise. N: Donnerstag, den 24. November.

Volks-Sinfoniekonzert des Stadttheater-Orchesters. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet das Stadttheater-Orchester am kommenden Freitag, den 25 November, abends 8 Uhr, im Volkspark sein erstes Volkssinfonie-Konzert. Zur Aufführung gelangen Werke von Mendelssohn, Haydn, Tschaikowsky und Dvorák. Um den Besuch des Konzertes jedermann zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis auf nur 5 Mk. einsch. Steuer und Programm festgesetzt. Karten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters, im Volkspark, in der Geschäftsstelle der freien Volksbühne, Volksbuchhandlung und Buchhandlung der Volksstimme, Gr. Ulrichstraße.

Konrad Liebrecht (Wien) (Violine) spielt nach seiner so erfolgreichen Konzertreise durch Süddeutschland abermals heute, Dienstag, den 22. November, in der Degenloge mit Felix Wolfes (Halle) Werke von Reger, Brahms und Pfitzner. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a.

Adolf Wolff, ein Musiker von jugendlich frischer, unverdorbener Empfindung, gibt am Mittwoch, den 23. November, in der Degenloge (Paradeplatz) einen Klavierabend mit Werken von Bach, Beethoven, Schumann, Brahms. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a.

Heydrich-Konservatorium. Vielen Anfragen zufolge wird mitgeteilt, daß das Konzert nicht im Konservatorium, sondern in der Albrechtloge, am 22. November, abends ½8 Uhr, stattfindet. Als Nachtrag für das Programm wird mitgeteilt, daß das Orchester noch das Vorspiel des 3. Aktes aus der Oper „Irie-hen" von Heydrich unter Leitung des Komponisten zum Vortrag gelangt.

Kartenverkauf bei Hothan, Koch, im Konservatorium und an der Abendkasse.

„Die Kette der Schuld".
C.-T.-Lichtspiele.

Der Autor dieses einzigartig-primitiven Manuskriptes hat sich auch in eine schwere Schuld verkettet. Die Welt wird es ihm nie verzeihen, daß er sie mit dieser — glanzvollen? — Idee beglückte. Was der Schriftsteller verpfuschte, oder besser gesagt, unterließ, sühnte der Regisseur zu einem kleinem Teile durch prachtvolle Stimmungsarrangements und Bilder. Henry Peter Arnolds und Fritz Greiner bemühen sich redlich um eine gute schauspielerische Leistung. Violetta Napierska? Ich las einmal in einer Fachzeitschrift eine Lobhymne auf diese „feurige, faszinierende Schauspielerin!" O Gottogott. Eins kann sie allerdings: fürchterlich mit den Augen rollen. Aber damit spielt man weder eine Kokotte noch eine Desdemona. Deshalb wundert man sich ordentlich, wie sie in ihren Rollen knicks-knacks die Männer verführt. Ja, der Film! Vor diesen Augen würde ein normaler Galan davonlaufen. —

Die „fast glaubhafte Geschichte" von dem „vergifteten Strom" ist eine recht saftige Persiflage amerikanischer „Großzügigkeit" und deutscher — Sensationsfilms — Karl de Vogt und Emmy Denner spielen recht frisch. H—r.

Postabonnenten

Damit keine unliebsame Unterbrechung in der Zustellung der „Volksstimme" eintritt, ersuchen wir unsere Postabonnenten um baldige Übermittelung des Bezugsgeldes und etwaiger Neubestellungen beim örtlichen Postamt oder -boten. Wer die „Volksstimme" beim Verlag direkt und nicht am örtlichen Postamt bestellte, wird zur Vermeidung doppelter Zeitungslieferung ersucht, Zahlungen nur zu leisten an das Postscheckkonto des Verlag Volksstimme G. m. b. H., Postscheckamt Erfurt Nr. 11092.

Verlag Volksstimme G.m.b.H. Halle.

Walhalla-Lichtspiele.

„Bestien der Steppe" die dritte Abteilung von „Caro Aß" füllt sogar Montags das Haus bis auf den letzten Platz. Von Kunst ist allerdings in diesem „Riesen-Sensationsfilm", wie er bezeichnet wird, wenig zu merken. Dafür ist er aber umso spannender und lehrt uns, mit wieviel Interesse diese Erzeugnisse der Räuberromantik aufgenommen werden. Was nun aber — von manchen Naturbildern abgesehen — als anziehend an diesen Bildern angesprochen werden kann, ist sehr gering. Sogar das eine der beiden schönen Mädchen ist gezwungen, ihre Anmut in zerrissenen Jacken und Männerhosen und im Kampf mit Affen und wilden Bestien zu zeigen. Sie macht übrigens ihre akrobatischen Kunststücke sehr gut. — Wesentlich mehr Kunst steckt schon im zweiten Film des Abends. Dafür trägt er auch den Namen „Künstlerlaunen". Man vermerkt die überraschende Tatsache, daß Konrad Veidt, der bevorzugte Darsteller aller weltfremden Menschen im ersten Akt zeigt, wie er ebenso leicht in humoristischen Rollen wirken würde. Im übrigen zeigt das Stück die Kunst natürlich in Verbindung mit der Aristokratie, die sich der Herrschaft der Kunst und des Künstlers beugen muß, wobei Aud Egede Nissen ein entzückend hingebendes Weib darstellt.

Könnern. Mitgliederversammlung der S. P. D. Am Sonnabend fand die Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Zum ersten Punkt sprach Parteisekretär Genosse Petersdorf-Halle über „Die Arbeiterbewegung". In 1¾-stündigem vorzüglichen Vortrag schilderte er die Entwicklung der Arbeiterbewegung von 1878 an bis heute. Er zeigte darin, wie die Bewegung, trotz Sozialistengesetz und anderen Schikanen der Reaktion von damals gegen die junge Bewegung, emporgewachsen ist bis zu ihrer jetzigen Stärke. — Mit starkem Beifall wurde der Vortrag von der Versammlung entgegengenommen. — Als zweiten Punkt behandelte Genosse Petersdorf die so heiß umstrittene Koalitionspolitik und preußische Regierungsfrage. Auch hierin zeigte er, wie notwendig es ist, solche Experimente zu versuchen. Sodann wurden verschiedene geschäftliche Sachen erledigt. Unter anderen kam ein Antrag der Jugend zur Annahme, welcher besagt, daß der hiesige Parteiverein die finanzielle Unterstützung des Jugendvereins Könnern übernimmt. Es wurden in einer Sammlung für die Jugend 33 Mark aufgebracht. Sodann wurde ein Agitationsausschuß, bestehend aus 18 Mitgliedern, gebildet, welcher die Ortsvereine Könnern und Rothenburg umfaßt. Nach einer kräftigen Schlußansprache des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Könnern. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen. Am Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe auf dem Friedhof eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Das Orchester Steinbrink-Könnern eröffnete die Feier mit dem Lied „Wie sie so sanft ruh'n". Sodann hielt Kamerad Vogel-Halle die Gedächtnisrede. Zum Schluß spielte das Orchester das Lied „Ich hatt' einen Kameraden".

Bericht
der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- u. Viehhof zu Halle.

Bezahlt wurden am Montag, den 21. November 1921.

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht I. höchster Preis ℳ	II. niedrig. Preis ℳ	III. häufig. Preis ℳ	b) für 50 kg aus dem Auslande eingeführtes Gefrierfleisch ℳ	Frisches Fleisch ℳ
Ochsen	1175	800	1100	675	
Bullen	1150	900	1050		
Kühe	1200	800	1100		
Jungrinder	1000	900	950		
Mastkälber (einschl. Lunge und Leber)	—	—			
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	1200	900	1150		
Lämmer u. Masth. (einschl. Lunge und Leber)	1050	1050	1050		
Schafe (einschl. Lunge und Leber)	950	800	900		
Schweine (einschl. Mittel und Geschlinge)	2200	2000	2200		2500

Provinz und Umgegend.

Prüfung von Fleischbeschauern für den Regierungsbezirk Merseburg.

Für die Prüfung von Fleischbeschauern hat der Regierungspräsident Termin auf Dienstag, den 29. November 1921, nachm. 2 Uhr in Halle a. S., Schlachthof, anberaumt. Zur Prüfung dürfen nach § 3 der Prüfungsvorschriften nur zugelassen werden männliche Bewerber, die das 23. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben; körperlich tauglich, insbesondere im Vollbesitze ihrer Sinne sind; mindestens vier Wochen lang einen theoretischen und praktischen Unterricht in der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in einem der Schlachthöfe in Halle (Saale), Eisleben, Weißenfels oder Naumburg (Saale) genossen haben.

Ausnahmsweise dürfen Bewerber zugelassen werden, welche das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet oder das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind in Halle (Saale), Weißenfels, Zeitz, Eisleben, Naumburg und Merseburg durch die Polizeiverwaltung im übrigen durch die Landräte an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richten.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Eine Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter im Unterbezirk.

Die am Sonntag, den 20. d. M., im „Casino" zu Merseburg, stattgefundene Konferenz war von über 50 Gemeindevertretern besucht. Genosse Hentze begrüßte die Versammlung und eröffnete sie mit dem Hinweis, daß die Zusammenkunft den Zweck habe, die Gemeindevertreter zu schulen und durch Aussprache die Gemeindefragen zu klären. Hierauf nahm Gen. Landrat Guske das Wort zu einem großangelegten Referat über wichtige kommunalpolitische Fragen. In den Vordergrund seiner Ausführungen stellte er den Satz „Welche Grundsätze haben wir zu beachten bei der Durchführung der Kommunalpolitik?" In der Gemeinde müssen dieselben Grundsätze eingehalten werden, wie in Staat und Reich. Die Wahrnehmung der Gemeinschaftsinteressen müssen in den Vordergrund gestellt werden. Man darf sich nicht von theoretischen Erörterungen leiten lassen. Auch darf aus Zweckmäßigkeitsgründen die Forderung des Rechtes der Selbstverwaltung nicht überspannt werden. Der Referent erörterte dann eingehend seinen Standpunkt über die Demokratisierung der Verwaltung. Vor Mißbrauch unserer Forderungen in dieser Frage und Benutzung als Schlagwort muß gewarnt und zwischen Recht und Willkür unterschieden werden. Die politische Gesinnung der Beamten darf und kann nicht unter Strafe gestellt werden. Nur bewußtes und fahrlässiges Handeln eines Beamten gegen das Staatsinteresse macht ein Eingreifen möglich. Uebergehend zur Verwaltungsreform gab Gen. Guske praktische und brauchbare Vorschläge über die Zusammenlegung von Gemeinden, insbesondere zur Beseitigung der nicht immer vorteilhaften ehrenamtlichen Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung, die Aufhebung der Gutsbezirke und die Vereinfachung der Verwaltung. In erschöpfender Weise behandelte der Referent alsdann die Gemeindefinanzfragen unter besonderer Berücksichtigung der Grund-, Gebäude-, Wertzuwachs-, Einkommen- und Umsatzsteuer. Nur solche Steuern sind zu erheben, die der Gemeinschaft dienen. In allen industriellen Kreisen müssen wegen Erhebung der Gewerbesteuer Steuerzweckverbände gegründet werden. Zum Schluß ging Gen. Guske auf die Wohnungsnot und den Wohnungsbau ein und forderte, daß der Arbeitgeber, durch dessen Unternehmen eine Wohnungnot entsteht, Beiträge zahlt und deshalb Beitragsgemeinschaften gebildet werden. Durch lebhaften Beifall dankte man den Referenten für seine vorzüglichen und klaren Ausführungen. In der hierauf einsetzenden Aussprache zeigte sich ganz besonders der Wert der veranstalteten Gemeindekonferenz. Alle Redner schilderten allgemein interessierende örtliche Gemeindeangelegenheiten und stellten zahlreiche kommunalpolitische Fragen an den Referenten. Allgemein forderte man die regelmäßige Veranstaltung solcher Konferenzen, tunlichst aber in kleinerem Kreise getrennt nach Stadt- und Landgemeinden. Nachdem Gen. Guske die in der Aussprache gestellten Anfragen ausführlich beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende 3 Uhr nachm. mit Dankesworten die zum Nutzen der Gemeindevertreter und unserer Partei gepflogenen Verhandlungen. **Ht.**

Tackau. Vom elektrischen Strom getötet. Durch einen Tritt auf die herabgefallene Hochspannungsleitung kam ein Pferd eines Fuhrwerks zu Tode. Das zweite Pferd des Gespannes erholte sich langsam.

Rehmsdorf. Bei der Arbeit verbrüht. Tödlich verunglückt ist am Sonnabend morgen in der Chemischen Fabrik ein Monteur. Er fiel in ein mit kochendem Wasser gefülltes Bassin. Obwohl er sofort herausgeholt und Hilfsmaßnahmen getroffen wurden, starb er bald darauf an seinen furchtbaren Brandwunden. Es wird einer strengen Untersuchung bedürfen, ob an diesem Bassin alle Schutzvorschriften erfüllt gewesen waren.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisenbahnunglück bei Eisleben.

Gestern vormittag gegen 9½ Uhr ereignete sich auf dem Bahnhof Eisleben ein größeres Unglück, welches bedeutenden Material- und Sachschaden anrichtete. Der um diese Zeit fällige Güterzug Nr. 5521, von Nordhausen kommend, überfuhr, bei den schlüpfrigen Schienen und der 1300 Tonnen Belastung; das Einfahrtsignal. In demselben Augenblick kreuzte ein Ueberführungszug nach den Mansfelder Werken die Hauptgleise und wurde von dem in langsamen Tempo fahrenden Güterzug gefaßt. Die begleitenden Personale konnten sich durch Abspringen retten, so daß wenigstens kein Menschenleben zu beklagen ist. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend und auch die Bahnanlagen wurden bei dem Unglück arg mitgenommen. Entgleist waren 7 bis 8 Wagen, einige ineinandergeschoben und einige lagen, so auch der Packwagen, auf der Seite. Da beide Gleise gesperrt waren, konnte der Verkehr bis nachmittag gegen 3 Uhr nur durch Umsteigen ermöglicht werden. Der von Halle kommende D-Zug 106 konnte um diese Zeit mit einstündiger Verspätung seine Fahrt fortsetzen. Die Schuldfrage muß noch geklärt werden, doch muß bemerkt werden, daß die Station Eisleben kurz vor dem durchfahrenden Zug, die Ueberführung der Hauptgleise nicht kreuzen lassen durfte. Die Aufräumungsarbeiten dauern noch an und war bei Abgabe der Meldung das zweite Gleis noch nicht fahrbar. Der Lokomotivführer hatte nach Angabe, auch von Zivilpersonen, des öfteren Bremssignale gegeben. Am heutigen Tage ist der Verkehr auf beiden Seiten wieder hergestellt. Nur hatten die Morgenzüge noch einige Verspätung.

Kelbra. Mitgliederversammlung der S. P. D. Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, fand im Vereinslokal zur Schenke unsere monatliche Mitgliederversammlung statt, welche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0006
DFG

der Stärke unseres Ortsvereins entsprechend gut besucht war. Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 50 Pfg. auf 1 Mark Stellung genommen. Die Versammlung erklärte sich mit der vorgeschlagenen Erhöhung einverstanden. Eine anregende Aussprache fand über die Siedlungsfrage statt. Es wurde beschlossen, einen tüchtigen Referenten, der mit allen Fragen des Siedlungswesens und den Pachtschutzfragen vertraut ist, in Kelbra in einer öffentlichen Versammlung sprechen zu lassen. Dann wurde nochmals über das stattfindende Parteivergnügen verhandelt und alle Einzelheiten endgültig festgelegt.

Wittenberg.

Wittenberg. Jugend-Werbeabend. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag, den 27. Nov. in Muthes Saal einen Jugend-Werbeabend, an dem unter Mitwirkung der Piesterwitzer, Dessauer, Coswiger und Gräfenhainicher Jugendgruppen Spielmanns Schuld, Rezitationen, Volkstänze, Lieder zur Laute und andere Unterhaltung geboten werden sollen und wozu auch die Jugend der benachbarten Ortsvereine dringend und herzlich eingeladen wird. Die Veranstaltung verspricht einige genußreiche Stunden. Der Beginn ist auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt. Die auswärtigen Teilnehmer, die an der Veranstaltung teilnehmen wollen, werden gebeten, ihr Kommen unserem provisorischen Jugendleiter, Genossen Zahn, Sternstraße 18, brieflich mitzuteilen.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Die größere Landplage. Seit langen Jahren waren wieder einmal Bärenführer in der hiesigen Gegend. Ueberall, wo sie sich sehen ließen, wurden sie von der Jugend umlagert. Sahen doch viele Kinder zum ersten Mal in ihrem Leben leibhaftige Bären, die sie bisher nur vom Bilder- und Märchenbuch her kannten. Sie hatten wohl auch schon von den Eltern von diesen Tieren erzählen hören, mehr noch von der Großmutter. Nun waren sie da. Die Gaben flossen reichlich, jedes Kind veranlaßte die Eltern dazu, etwas für die Bären und ihre Führer herauszugeben. Die Eltern gaben es gerne, kamen doch so ihre Kinder einmal dazu, Bären zu sehen. Das Liebenwerdaer Kreisblatt gönnt den Kindern selbst dieses harmlose Vergnügen nicht. Es spricht von einer Landplage. Wenn dies die einzige Landplage wäre, dann könnte es sich das deutsche Volk gefallen lassen. Wir glauben aber, daß die größte Landplage die Kreisblätter sind.

Achtung Genossenschafter! Hier spricht am Dienstag, den 22. November im kleinen Saal des Gesellschaftshauses der Gen. Pistorius, Magdeburg, über die Wichtigkeit der Deutschen Konsumvereine. Das Erscheinen sämtlicher Parteimitglieder nebst Frauen ist Pflicht.

Mückenberg. Immer noch „Kaiserlich". So oft ein Fremder nach Mückenberg kommt, wird ihm schon von vornherein durch weithin leuchtende, große Buchstaben am Postgebäude kundgetan, daß es hier — drei Jahre nach der Revolution — immer noch ein kaiserliches Postamt gibt. Von einer „Hochburg des Radikalismus" ist hier nichts zu merken; oder sind die Mückenberger Kommunisten trotz ihrer radikalistischen Gesinnung noch streng kaiserlich gerichtet, wie sie es vordem waren? Daß der Postverwalter Mückenberg's ein streng monarchistisch gesonnener „republikanischer" Beamter ist, wissen wir. Daß er auf die Verordnungen, die von Oben herunterkommen, pfeift, sieht jedes Kind an der prunkenden kaiserlichen Aufschrift. Wann wird diese endlich entfernt werden? Eine Arbeit von einer halben Stunde.

Bockwitz. Vom Konsumverein. Eine Generalversammlung des Konsumvereins Bockwitz und Umgegend fand am Sonntag, den 20. November, im Volkshause statt. Der Geschäftsführer, Genosse Dorn, erstattete Bericht über das Geschäftsjahr 1920/21. Der Umsatz in sämtlichen fünf Verkaufsstellen ist bedeutend gestiegen. Er betrug 4 033 393 Mark gegen 2 045 548 Mark des Vorjahres. Die Zahl der Mitglieder betrug am 30. Juni 1407. Auch bei der Sparkasse war eine Steigerung der Einlagen zu verzeichnen. Der Stand der Kasse betrug Ende Juni 422 402.93 Mark. An der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine ist der Verein mit 16 698.60 Mark beteiligt. Nach einem Bericht des Aufsichtsrats wurde die Bilanz einstimmig genehmigt, so daß dem Vorstand Entlastung erteilt werden konnte. Dem Vorschlage des Vorstandes wegen Verteilung des Reingewinns, stimmte die Versammlung zu. Nachdem der Vorschlag, die Entschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder für jede Sitzung von 3 auf 6 Mark zu erhöhen, angenommen worden war, konnte die gut besuchte Versammlung geschlossen werden. Allen Genossen, die noch nicht Mitglied des Konsumvereins sind, kann nur geraten werden, schleunigst beizutreten. Wer das Genossenschaftswesen unterstützt, hilft damit den Kampf führen gegen die Ausbeutung durch das Kapital.

Großthiemig. Eine erfolgreiche Versammlung. Am 16. November fand hier eine öffentliche Volksversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Diese Versammlung zeigte so recht, daß es auch hier wieder vorwärts geht, denn noch nie hatte die S. P. D. einen derartigen Versammlungsbesuch aufzuweisen. Vor einer von über 200 Personen besuchten Versammlung sprach der Genosse Dietrich-Falkenberg über den Parteitag in Görlitz. In ausführlicher Rede legte Genosse Dietrich die fruchtbringende Arbeit des Parteitages dar. Daß den Ausführungen großes Interesse entgegengebracht wurde, zeigte die Aufmerksamkeit der Versammelten. Scharf rechnete Genosse Dietrich mit allen Reaktionären, rechtsbolschewistischer wie auch linksbolschewistischer Art ab. Dann ging er näher auf die letzten innerpolitischen Ereignisse ein und geißelte insbesondere das schamlose Angebot der Industriegewaltigen, die den Zeitpunkt für gekommen hielten, auch noch die Reichseisenbahn in ihre Tasche zu stecken. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für die trefflichen Ausführungen. In der Diskussion meldete sich Herr Sydow als Vertreter des Deutschen Bauernbundes zum Wort. Herr Sydow unterstrich die Ausführungen des Genossen Dietrich, indem er darauf hinwies, daß die Sozialdemokratische Partei immer bereit gewesen sei, die Klein- und Mittelbauern zu unterstützen. Er forderte einige Aufklärung über das Verhältnis der Kleinbauern zur Erfassung der Sachwerte. In seinem Schlußwort ging Genosse Dietrich auf diese Frage ein und gab die Forderungen des A. D. G. B. und der Afa bekannt, die den Fragesteller vollauf befriedigten. Auf eine Anregung des Herrn Sydow hin, die Sozialdemokratische Partei solle darauf hin agitieren, daß endlich das Kreisblatt aus den Wohnungen der Arbeiter und Kleinbauern verschwinde, antwortete Genosse Dietrich, daß hoffentlich auch bald ein Amtliches Mitteilungsblatt vom Kreise herausgegeben wird. Mit einer Mahnung an die Versammelten, Leser der „Volksstimme" zu werden und sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, kam Genosse Dietrich zu Ende. Bestellungen für die „Volksstimme" nimmt jederzeit Gen. Otto Harig entgegen.

Döllingen. Es geht vorwärts. Hier sprach am Sonntag Genosse Dietrich-Falkenberg über den Parteitag in Görlitz. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Unter Beifall konnte er dieselbe schließen. Auch hier geht es vorwärts mit der S. P. D. Die Arbeiter sind den Ueberradikalismus der uns nur immer tiefer ins Elend hineingritten hat, gründlich satt.

Wetterbericht

Mittwoch: Meist trüb, trocken, etwas kälter.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Aus aller Welt.

Revolverhelden als Werkspolizei.

Als in der Nacht zum Sonntag der Verein Charlottenburger Droschkenkutscher ein Wintervergnügen abhielt, das sich bis zum Morgen ausdehnte, erschien plötzlich gegen 6 Uhr früh der 28jähr. Pförtner Gustav Harz und verlangte unter der Angabe, er sei ein Kriminalbeamter, Einlaß. Als man ihm diesen verwehrte mit dem Bedeuten, daß es sich um einen geschlossenen Verein handele, zog Harz den Revolver aus der Tasche und feuerte einen Schuß ab. Die Kugel traf den Droschkenkutscher Hermann Thormann in die Brust und tötete ihn auf der Stelle. Der Täter wurde festgenommen.

Wie mitgeteilt wird, gehört der Revolverheld dem Werksicherheitsdienst der Siemens-Schuckert-Werke an. Diese Tatsache scheint durchaus die Ansicht der gesamten Belegschaft des Siemens-Konzerns zu bestätigen, daß der Werksicherheitsdienst zum großen Teil aus ganz ungeeigneten Elementen zusammengesetzt ist. Bei der Auswahl der Werksicherheitsdienstbeamten scheint man mehr auf militärische Herkunft als auf Ehrlichkeit zu sehen.

Einbruch in eine Kunstausstellung. In der vergangenen Nacht wurde in die zur Zeit hier von der Münchener Künstlervereinigung „Ring" veranstaltete Kunstausstellung eingebrochen. Es wurden 18 Gemälde im Werte von zusammen 30 000 Mark gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Verhaftete Kinobesitzer. Die Besitzer des Harburger Unglückskinos, in dem 12 Kinder ums Leben kamen und andere schwer verletzt wurden, sind verhaftet.

Wegen Spionage verurteilt. Ein umfangreicher Spionageprozeß führte elf Angeklagte aus Kiel wegen Entwendung und Verrates geheimzuhaltender Apparate aus der Kieler Werft auf die Anklagebank. Vier Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr 9 Monaten verurteilt.

Zu neuen Plünderungen von Geschäften kam es gestern wieder in Berlin. Wie die Blätter mitteilen, ereigneten sie sich im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung. Wie die Feststellungen ergeben haben, sind die Plünderungen durch Leute veranlaßt worden, die seit langem im Gegensatz zur organisierten Arbeiterschaft stehen. Es sind die gleichen Personen, die vor einigen Wochen die Arbeitslosen zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Stadtarbeiterschaft aufzuhetzen versucht hatten. Der Hauptbeteiligte, der ehemalige Steinsetzer Leo Fichtmann ist bereits vor einigen Tagen festgenommen worden. Er wird dem Gericht wegen Landfriedensbruches vorgeführt werden. Der Polizeipräsident wird heute wegen der Plünderungen ein Verbot der Umzüge erlassen.

Literatur.

Schelmengeschichten vom kleinen Heini. Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus haben unseren Kindern mit diesem Buche eine reiche Gabe gewidmet. Kindliche Welt, von Kindern selber dargestellt, kindliches Sinnen, von Kindern erzählt — das ist der Inhalt und der Wert dieses Buches. Aber nicht für Kinder waren diese reizenden, lustigen und nachdenklichen Geschichten von Schelmen und Angsthasen, von Tieren und Schulerlebnissen, von allerlei Buntem und Schönem im Kinderleben ursprünglich erzählt, sondern für die Schule. Nicht für ein gedrucktes Buch, sondern für das Aufsatzheft. Was mag das wohl für eine Schule sein, in der die Kinder so frank und frisch, so ohne Scheu und ohne Zwang, so ganz aus ihrem klopfenden Kinderherzen zu plaudern wagen? Es ist das Schulideal, das uns die Verfasser jüngst erst in ihrem Buche „Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule" geschildert haben. Das Buch ist im Verlag „Freiheit", Berlin, erschienen und kostet fest gebunden, der Titel in Dreifarbendruck, 12 Mark.

Romeo und Julia auf dem Dorfe. Die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" geht nun dazu über, ihrem Leserkreise auch Proben der älteren Dichtkunst zu bringen. Der Anfang dazu liegt in Gottfried Kellers reizender und tiefer Seldwyler Novelle „Romeo und Julia auf dem Dorfe" vor. Die Neuauflage des kostbaren Kleinods ist kein einfacher Nachdruck, sondern eine eigene Schöpfung der Buchhandlung. Anna Siemsen hat sich in einer Einleitung um sie verdient gemacht. Der Zeichner Otto Schoff hat durch einige Bildbeigaben Anna Siemsen kräftig in der Neugestaltung des Werkchens unterstützt.

Zur Produktionsschule. Während die Mehrzahl der Schulverbesserungsvorschläge nur Flickwerk bedeuten, suchen die entschiedenen Schulreformer wirklich neue Wege. Auf ihrem Weg zur „neuen Schule" liegt die „Produktionsschule". Die zünftigen Schulleute lehnen sie ab. Wer Eingehenderes über diese wichtige Kapitel der neuen Erziehung erfahren will, lese das soeben in zweiter vermehrter Auflage erschienene, von Professor Paul Oestreich herausgegebene Büchlein: „Zur Produktionsschule" (Entschiedene Schulreform III.) Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 114.

Ueber Propaganda und Staatskunst der Bolschewiki von Otto Pertz, ehemaliger Sekretär und Beauftragter der deutschen Arbeiterräte in St. Petersburg. Herausgegeben von „Aufbau und Werden", Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. „Der Firn", Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W. 8. 40 S. Preis 3.00 Mark. Die deutsche Literatur über den Bolschewismus hat durch diese Schrift des ehemaligen Petersburger Beauftragten der deutschen Arbeiterräte einen außerordentlich wertvollen Zuwachs erhalten. Die in aller Welt erhobene Frage, wie es möglich ist, daß sich die Bolschewisten trotz ihrer entsetzlichen Mißwirtschaft, trotz der furchtbarsten Unterdrückung der persönlichen Freiheit bis heute halten konnten, findet in der vorliegenden Arbeit Otto Pertz' ihre Beantwortung.

Arbeiter-Notizkalender 1922, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. (Ermäßigter Preis für Parteimitglieder 4 Mark, geb. stat. 4.50 Mk.) Der soeben erschienene Arbeiter-Notizkalender 1922 ist in diesem Jahre sehr reichhaltig und durch den festen und schönen Einband zweckmäßiger ausgestattet worden, als im Vorjahre. Er wird durch einen höchst zeitgemäßen Aufsatz des Gen. Knoll über das „Siedlungswesen" eröffnet. Die Kulturbestrebungen der Arbeiterschaft finden eine recht anerkennenswerte Würdigung durch einen Artikel über die „Volksbühne", deren Organisationen jetzt 460 000 Mitglieder umfassen, davon Berlin allein 150 000. Das Adressenmaterial aus Partei und Gewerkschaft ist ebenfalls bedeutend erweitert. Der Arbeiter-Notizkalender" erscheint sonach unentbehrlich für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Beamte. Sein handliches Format und der geschmackvolle feste Einband macht ihn zum täglichen Gebrauch geeignet.

Paasche-Buch von O. Wanderer und **Die neun Briefe des Negers Lukanga Mukaron** von Hans Paasche, zwei Büchlein, die im Verlag „Junge Menschen" in Hamburg, Johnsallee 54, erschienen sind und uns den Menschen Hans Paasche jedes auf seine Art und Weise näher bringen. Das erste ist das Werk eines Freundes des so unglücklich ums Leben gekommenen Pazifisten und zeigt uns ohne jede Schönfärberei den widerspruchsvollen und doch kraftvollen Charakter Paasche's. Das zweite Büchlein, von Paasche selbst, gibt uns ein Beispiel von dessen Art und Weise, die Dinge, die ihn umgeben, zu betrachten und darzustellen. Jedes Bändchen kostet 8 Mark.

Die Weltfirma Carl Zeiß, Optische Werkstätten in Jena, beging am 17. November 1921 ihr 75jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß gab die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena, eine 32seitige illustrierte Jubiläumsnummer heraus, die in jeder Hinsicht der Bedeutung der Firma gerecht wird. Anerkannte Persönlichkeiten, wie der bekannte Physiker Straubel-Jena, der geistige Urheber des für die Thüringer Industrie so wichtigen Saaletalsperrenprojektes, Professor Wilbrandt-Tübingen und viele andere hervorragende Wissenschaftler und Volkswirtschaftler kommen in der Nummer zum Wort. Ihre Aufsätze sind für jeden von Wert, der dem großen und eigenartigen Werke Abbes teilnehmend gegenübersteht und die Bedeutung dieses Großbetriebes zu schätzen weiß. Der Verlag versendet die Jubiläumsnummer an Interessenten zum Preise von 2 Mark einschließlich Porto.

Bitte, bis zu Ende denken!

Dem deutschen Volke gehts hundeelend. Dem Volk! Dem schuftenden und hungernden, das vor Arbeit und Elend keine Zeit hatte, sich Wuchergewinne und Kriegsprofite beiseite zu bringen.

Darf es uns da wundern, daß zahllose gute Seelen, die bis November 1918 nicht wagen durften politisch zu denken und zu handeln, es heute noch nicht können? So glauben sie blind, was ihnen von Gläubigen und Verherrlichern des alten Regiments erzählt wird.

Und der arme, vom Elend niedergedrückte Mensch vergißt zu gern. Hierauf bauen politische Falschspieler. Sie raunen und tuscheln und flüstern dem Bedrückten ins Ohr: „Weißt du nicht, wie schön es war, als wir noch die Macht hatten?" ... Da gab es Fleisch und Brot und Kartoffeln die Fülle ... Also ...! Wähle uns wieder!

Und du, dem es hundeelend geht, hörst die lockenden schmeichelnden Töne der politischen Falschspieler, die mild anklingen an deine mit rosigem Schleier arbeitende Erinnerung. Wir aber sagen dir: Nachdenken! Bitte, bis zu Ende denken! Wenn du Wahrheit willst.

Wann begann die Papiergeldwirtschaft?

1918 oder 1914? Bis zum 1. August 1914 zahlte dir die Reichsbank auf deinen Papierfetzen, wie es draufsteht, den Wert in Gold aus. Dann war es Schluß. Seit Kriegsbeginn nahmst du, widerwillig zwar, das Papier als Geldersatz und hofftest, daß wir den Krieg gewinnen.

Warum leiden wir seit Jahren an Kohlenmangel?

Weil wir den Krieg verloren! Denn täglich rollen tausende von Tonnen Kohlen über die Grenze als Kriegsentschädigung.

Warum haben wir das Defizit bei den Eisenbahnen?

Weil wir infolge des verlorenen Krieges als Kriegsentschädigung hunderttausende unserer besten Lokomotiven, Wagen und Loren abliefern mußten.

Weil in viereinhalb Jahren alles Material heruntergewirtschaftet und nichts repariert und nichts ersetzt wurde.

Weil die Lokomotiv- und Eisenbahnmaterialfirmen für ihre Neulieferungen ungeheure Profite erzielen.

Warum leben wir unter dem furchtbarsten Wohnungsmangel in Deutschland?

Weil sieben Jahre lang, d. h. seit Kriegsbeginn so gut wie keine Wohnungen gebaut wurden. Denn der Kapitalist baut nur dort, wo er Wuchergewinne erzielen kann.

Warum gibt es heute so viel Lumpen, Verbrecher und Spitzbuben?

Weil so viele Menschen unter den viereinhalb Jahre Krieg und seinen wirtschaftlichen Nachwirkungen die Moral verlernt haben und zu allen Verbrechen fähig geworden sind.

Und wer hat zuerst den Krieg zum Geschäft werden lassen?

Die oberste Heeresleitung im Jahre 1914.

Denn bei der Vergebung der riesenhaften Aufträge für Kriegs- und Heeresbedarf zahlte die Oberste Heeresleitung Wilhelms des Zweiten so fabelhaft hohe Preise, daß selbst Großunternehmer ihr Erstaunen darüber nicht unterdrücken konnten.

Ja, wenn wir zu Ende denken, dann stoßen wir auf den Ausgangspunkt unseres heutigen Elends,

den Krieg.

Und wer hatte den Krieg begonnen?

Die deutschnationale, kapitalistisch-monarchische Regierung Wilhelms des Zweiten.

Und warum haben wir den grauenhaften Friedensvertrag von Versailles schlucken müssen?

Weil unsere monarchischen Kriegshetzer jede Gelegenheit zu einem durchaus möglichen anständigen Vergleichsfrieden absichtlich verpaßten. So besonders 1917, wo England bereit war und — —

1917 muckten unsere Kriegsfanatiker, die immer noch mit dem längst kriegsmüden verelendeten Volk Eroberungen machen wollten, den Papst in seine hoffnungsreiche Friedensaktion.

So ging der Krieg weiter bis

zum Zusammenbruch 1918.

Und brachte dem deutschen Volke das Elend, unter dem wir heute leben.

Bitte, bis zu Ende denken!

Pranger des Jugendkartells

Lehrlingsschinderei. Ausbeutung.

Verantwortlich: Fritz Lindenberg, Halle (S.), Jakobstraße 30.

15. Firma Paul Kerzinger, Elektr., Friedrichstr., beschäftigt zwei Lehrlinge im 3. Lehrjahre, einen im zweiten Lehrjahr und keine Gesellen; Lehrlinge bekommen keinen Lohn, Beiträge zur Krankenkasse müssen sie selbst bezahlen. Wenn der Meister Lichtbildervorträge hält, muß ein Lehrling ihm helfen und arbeitet dabei (ohne Entschädigung) 4 bis 5 Ueberstunden. Ein auswärtiger Lehrling, der monatlich 102 Mark Fahrgeld ausgibt, bekommt nichts vergütet.

16. Tischlermeister Emil Kirchner, Taubenstr. 27, gibt seinen Lehrlingen Hungerlöhne, z. B. bekommt ein Lehrling im ersten Lehrjahr pro Woche 10 Mark, im dritten Lehrjahr pro Stunde 50 Pf. Schläge mit den ersten besten Werkzeugen, Ohrfeigen, und Schimpfwörter sind an der Tagesordnung. Zuschriften sind zu richten an: Paul Wort, Harz 42/44, Zimmer 12, K. Reiwandt jr., Harz 42/44, Fr. Lindenberg, Jakobstr. 30, W. Oehlschläger, Harz 42/44, Zimmer 21.

Tischlermeister Karl Heinicke, Gräfenhainichen, läßt seine drei Lehrlinge von früh ½7 bis 7 Uhr abends und darüber hinaus arbeiten. Auch Sonntags wird gearbeitet. Dabei werden die bedauernswerten Lehrjungen mit Holzstücken und ähnlichen Instrumenten geschlagen. Hausarbeiten und Feldarbeiten (Wasserholen, Mistbreiten, Kartoffellangen usw.) sind gang und gäbe. Außerdem ist das Essen mangelhaft. Schimpfworte wie „Fressen", „altes dummes Schwein" sind „Kosenamen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0007

Die Frauen-Welt

Beilage der Volksstimme

20

Zur Bekämpfung der Prostitution.

Von Anna Blos, Stuttgart.

Zunächst erhebt sich die Frage: „Was versteht man unter Prostitution? Sie ist die wahllose, vorübergehende, geschlechtliche Preisgabe an eine Mehrheit für wirtschaftliche Vorteile ohne jede individuelle geistige Beziehung zwischen Mann und Frau."

Eine gewerbsmäßige Prostitution finden wir schon bei den Völkern des Altertums. Solon richtete Bordelle ein, für die Sklavinnen vom Staat gekauft wurden. Das Mittelalter nahm ihr Bestehen als ein „zur Verhütung größeren Unheils notwendiges Uebel" hin. In Frankfurt a. M. konnten die öffentlichen Dirnen das Bürgerrecht erlangen und wurden wie andere Neubürger in das Bürgerbuch eingetragen. Gewöhnlich wurden die „gemeinen Frauen" in Frauenhäusern vereinigt. Diese wurden meist von den Stadträten oder den Landesherren errichtet und bildeten oft eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle, welche selbst hohe kirchliche Würdenträger ohne Skrupel auspumpten und der Adel gern zu Lehen nahm. Sie wurden von den Städten entweder in eigenem Betrieb durch Beamte verwaltet oder an Privatunternehmer verpachtet. Diese hießen Frauenwirte, resp. -Wirtinnen und standen unter Beaufsichtigung der städtischen Behörden. Die Oberaufsicht lag gewöhnlich in den Händen des Bürgermeisters oder einer Ratsdeputation.

Die Frauenhäuser standen als befriedete Orte unter einem besonderen Schutz. Dort verübter Unfug wurde doppelt hart bestraft. Die Insassen hatten ein ausschließendes Gewerbsrecht. Wie die Zunftmeister gegen Störer, so gingen sie gegen den unlauteren Wettbewerb der „heimlichen Frauen" vor, welche in Bürgerhäusern ihre Schlupfwinkel hatten und übten gegen diese zuweilen gewalttätige Selbsthilfe.

In Leipzig hatten die öffentlichen Frauen eine Verbindung mit eigenen Satzungen und selbstgewählter Vorsteherin. Das Tun und Treiben in den Frauenhäusern war durch besondere Ordnungen geregelt. Die öffentlichen Frauen wurden vor Uebervorteilung und roher Behandlung durch Wirte oder Wirtinnen geschützt, sie hatten Freiheit der Bewegung, das Recht des Kirchenbesuchs usw. Früh finden wir eine gesundheitliche Ueberwachung. In Ulm gab es eine besondere Badestube für öffentliche Dirnen. Dort wurden auch die Frauen zur Arbeit angehalten. Jede Insassin des Frauenhauses mußte dem Wirt täglich zwei „Andrehen" Garn spinnen, oder wenn sie das nicht wollte, ihm für jede Andrehe 3 Heller zahlen. Dafür mußte der Wirt in die Hilfskasse der Frauen, zu der jede wöchentlich einen Heller zahlte, jedesmal das Doppelte dieses Betrages legen. Diese Kasse diente zur Unterstützung kranker oder brotlos gewordener Frauenhauserinnen. Es bestand also eine Art Kranken- und Arbeitslosenversicherung, zu der Unternehmer und Arbeiterinnen beitrugen. Ueber Kost und Lohn entfält die Frauenhausordnung von 1416 die genauesten Vorschriften, durch welche die Gewalt des Wirtes in möglichst fest bestimmte Grenzen eingeschlossen wurde.

Die Dirnen waren bei öffentlichen Festlichkeiten, namentlich bei Fürstenempfängen, neben der körperschaftlich geordneten übrigen Bevölkerung als besondere Standesgruppe vertreten. Auch bei den Schmäusen und Tänzen, mit denen sich der Rat und die ehrsame Bürgerschaft vergnügten, durften sie erscheinen. Bei der Durchreise hoher Herrschaften wurden ihre Häuser zu deren Empfang besonders geschmückt und beleuchtet, ja, sie wurden bei solchen Gelegenheiten zuweilen auf städtische Kosten gekleidet. In Zürich herrschte noch 1516 der Brauch, daß der Bürgermeister, die Gerichtsdiener und die gemeinen Frauen mit den fremden Gesandten, welche in die Stadt kamen, speisten.

Im 15. Jahrhundert nahm die Prostitution in den deutschen Städten eine furchtbare Ausdehnung auch außerhalb der Frauenhäuser. Die durch den wachsenden Reichtum geförderte Zuchtlosigkeit in den höheren Klassen, die vielen ehelosen Geistlichen, Handwerksgesellen und Kaufmannsdiener, der starke Fremdenverkehr brachten große Verwilderung und Verrohung hervor. Die Reaktion dagegen ging von den Zünften und Gesellenverbänden aus, welche ihren Mitgliedern den Verkehr mit liederlichen Dirnen untersagten. Später folgten Maßregeln der öffentlichen Gewalt. Die Dirnen mußten gleich den „unehrlichen Leuten" eine besondere Tracht oder Abzeichen tragen. Sie durften nicht mehr bei Tänzen und Hochzeiten erscheinen. In den Kirchen erhielt sie einen besonderen Platz. Ihre Leichen wurden auf dem Schindanger verscharrt. Im 16. Jahrhundert kam dazu die Strafe des Ausstellens am Pranger, das „Schnellen" oder die öffentliche Auspeitschung.

Um den Dirnen die Rückkehr zum ehrbaren Leben zu ermöglichen, stifte die katholische Kirche den Orden der „Reuerinnen" oder sie errichtete Rettungshäuser. Ein Bischof erklärte: „Sklaven erlangen, wenn sie der Freiheit wiedergegeben werden, alle Rechte freier Männer; es wäre daher unbillig, wenn Frauen, die Sklavinnen der Sünde gewesen nicht ähnlich behandeln würden, sobald sie sich zu einem besseren Lebenswandel bekehren."

Im Laufe der Jahrhunderte, insbesondere durch die Zunahme des Verkehrs und der Großstadtbildung, breitete sich die Prostitution immer mehr aus. Hier versagen alle staatlichen und kirchlichen Maßnahmen. Man muß den Ursachen nachgehen. Es hat sich während des Krieges und auch jetzt noch gezeigt, daß der Hunger ungezählte Frauen auf den Weg der gewerblichen Prostitution treibt. Je früher die Angehörigen eines Volkes heiraten können, desto weniger Nachfrage der Männer und Angebot der Frauen wird auf dem Markt des außerehelichen Geschlechtverkehrs sein. Einer gewissen Schicht von Männern ist die Prostitution kein Nothehelf, sondern Luxusbedürfnis, Zeitvertreib. Der Umgang mit der Dirnenwelt führt zu einer immer tiefer fressenden seelischen Zerrüttung und zur Unmöglichkeit, sich später als Ehemann von der Macht der Gewohnheit freizumachen. Die untersten Volksschichten füllen in der Hauptsache die Prostitution immer wieder auf, woraus hervorgeht, daß wirtschaftliche Gründe nachdrücklich an dieser Lebensgestaltung beteiligt sind. Mangel an Erziehung, weil beide Eltern auf Arbeit ausgehen, schlechte Beispiele der Eltern, Geschwister oder die Umgebung, der intime Verkehr mit wildfremden Menschen durch das Schlafgängerwesen, die Abwicklung des ganzen Familienlebens häufig in einem einzigen beengten Raum, unzureichende Entlohnung in vielen weiblichen Berufen, die Oede der Alltagsarbeit, das tägliche Zusammenleben mit dem anderen Geschlecht auf den Arbeitsstätten, die Verführung durch Freundinnen, Schwestern, die schon Dirnen sind, durch ältere Frauen, manchmal durch die eigenen Eltern, die ihre Töchter wirtschaftlich ausnützen, gewiß. Berufe im Gasthausgewerbe usw. bilden eine ständige Gefahr. Sinnlichkeit ist selten der ausschlaggebende Grund zum ersten Fehltritt. Häufiger ist es die gewissenlose Verführung durch Männer, die weibliche sexuelle Unbeherrschtheit, Neugier, Erlebnisdrang, Begierde, Eitelkeit, Schmucksucht, Zwangslage, Schwäche durch Zuhilfenahme des Alkohols sie auszunützen verstehen. Dazu kommt die doppelte Moral, die den Mädchen die Rückkehr in ein geordnetes Leben so sehr erschwert.

Wohl ist das Bordellwesen zurückgegangen, aber es bestehen doch in allen Städten Bordelle mit Duldung der Polizei, in denen die Mädchen in der gemeinsten Weise ausgebeutet werden. Gefährlicher für die Allgemeinheit ist die heimliche Prostitution von der mit raffiniertem Luxus umgebenen Halbweltdame bis zu der in Lumpen gehüllten Dirne. Zu dem sittlichen Krebsschaden für den Volkskörper kommt der wirtschaftliche. Nirgends werden mit solchem Leichtsinn, mit solcher Gedankenlosigkeit Unsummen von Geld in Prasserei und Luxus vertan als im Verkehr mit der Halbwelt. Die größte Gefahr der Prostitution liegt aber in der durch sie verbreiteten Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten.

Das sicherste aber leider jetzt schwerer als je durchzuführende Mittel gegen die Prostitution wäre die Herabsetzung des Heiratsalters, also die wirtschaftliche Hebung der breiten Massen und ihre Lösung aus den Klauen des Kapitalismus. Aber auch die Wertung der Frau im öffentlichen Leben muß eine ganz andere, sittlich vertiefte werden. Dazu kommen alle Maßnahmen zur besseren körperlichen und seelischen Erziehung der Jugend, Bekämpfung der Genußsucht, Dezentralisierung der Großstädte, Einschränkung des Alkoholismus, Bekämpfung der Theaterauswüchse der Kinos und vor allem Besserung der Wohnungsverhältnisse.

Der größte Fehler liegt zweifellos darin, daß alle Maßnahmen gegen die Prostitution sich gegen die sich anbietenden Frauen richten. Das Strafgesetzbuch hat nur Paragraphen, die sich mit der Ueberwachung und Bestrafung der Dirnen beschäftigen. Sie werden zur ärztlichen Untersuchung und Behandlung gezwungen. Der erkrankte Mann kann die Ansteckung weiter tragen. Die größte Gefahr ist die Heimlichkeit der Prostitution. Ans Licht der Oeffentlichkeit gestellt, würde sie ertragen werden müssen und so der Männerwelt den Boden der doppelten Moral entziehen, die nur in der Heimlichkeit gedeihen kann. Das öffentliche Verstaupiesen muß aufhören. Kein Verbot kann den außerehelichen Geschlechtsverkehr aus der Welt schaffen. So lange die staatliche Geduldete kontrollierte Prostitution besteht, muß sie durch vernünftige, pädagogische und hygienische Gewerbeschutzmaßnahmen vor Ausbeutung und Versklavung bewahrt werden. Professor Dresel, Heidelberg, schlägt vor, statt Bordellen sanitäre Berufsstätten, d. h. statt Bordellen Abvermietung an Wohnungen, wo alle einschränkenden polizeilichen Vorschriften streng beachtet werden, und wo die Kontrollbirnen keine Männer empfangen dürfen. Zur Ausführung ihres Gewerbes müßten Absteigequartiere dienen, die unter öffentlicher Verwaltung stehen. Alle Vermittlung würde so weitgehend ausgeschaltet und die Männerwelt gezwungen werden, sich ziemlich öffentlich zu dem Schritt zu bekennen. Die ärztliche Ueberwachung der Kontrollbirnen wird so lange Stückwerk sein, wie die Meldepflicht für Geschlechtskrankheiten nicht gesetzlich eingeführt ist und zwar für beide Geschlecher.

Das neuzuschaffende Strafgesetzbuch wird sich mit diesem traurigen Kapitel der Frauenfrage eingehend zu beschäftigen haben und es ist daher für die öffentlich tätigen Frauen notwendig, sich damit bekannt zu machen und Vorschläge zur Besserung zu bringen. Sicher aber Stärkung des Verantwortungsgefühls des Einzelnen das beste Mittel sein im Kampf gegen die Prostitution.

Meine Freundin, die Kartoffel —

Immer ist sie meine Freundin gewesen! Solange ich zurückdenken kann, bestand die Freundschaft zwischen uns! —

Als ich Kind war, hatte sie ein geringeres Ansehen und man gab wenig für ein Pfund meiner Freundin. Sogar ein Zentner ausgesuchter, schöner Kartoffeln bedingte nur einen verhältnismäßig geringen Griff in den Geldkasten oder die Tasche. Und doch tat sie immer ihre Pflicht, war immer da, hatte ein freundliches Gesicht, war hilfsbereit, wenn im Haushalt dies oder das fehlte, ersetzte schon damals für sehr viele Fleisch und andere Herrlichkeiten, kurz, war eine Freundin, wie man sie braucht.

Und dann die Erinnerung an die Ernte auf dem Felde! Das sind Freudenbilder, denn in dem Gedenken daran ist ein Herbst so leuchtend wie der andere gewesen. Und nun — — —

Meine Freundin ist die gleiche geblieben! Ihr Wert auf unseren Tischen ist der gleiche geblieben!

Zwischen uns steht nur Eines: —

Das ist der Wucher und die Habsucht! — —

Man leugnet es ab — man spricht dagegen, — man errechnet sogar now Schaden bei einem Verkauf . . .

Meine arme Freundin, wohin bist du geraten! Hättest du dich lieber ganz den Menschen anvertraut, die mit dir Freundschaft gehalten durch alle Zeit hindurch, die dich deinem Werte nach schon immer eingeschätzt haben die von dir leben, die dich ehrten und pflegten, um deiner Selbstwillen. Gäbe es eine Gerechtigkeit in der Bedarfsverteilung, dann wäre auch mit dir ein solches Wucherspiel nicht möglich. Jetzt aber muß der, der dich am nötigsten braucht, sich die größte Sorge machen, wie er den Weg zu dir findet. Dann der Weg ist ein Schleichweg geworden, den man nicht gehen mit oder ein Weg, den man mit Papierscheinen erst zu belegen hat, bei man nicht gehen kann. Die Volksfreundin in der Ernährung, meine Freundin, die Kartoffel, will man ihrer Bestimmung abspenstig machen. — Es wird nicht gelingen! —

Tausende und Abertausende schwieliger Männer- und Frauenhände, Tausende und Abertausende abgezehrter Männer- und Frauenhände reden sich für sich und ihre Kinder empor.

Wir wollen nicht verhungern! — Wir haben ein Recht am am Leben — — Merkt auf, Ihr, die ihr uns die Kartoffel, unsere Freundin, vorenthalten wollt! —

Zehn Bitten einer Japanerin an ihren Gatten.

„The Nation", New York, vom 12. Oktober, entnimmt folgende zehn Bitten einem Artikel des „New York Globe":

1. Bitte, stehe um die gleiche Zeit auf wie ich.
2. Bitte, schelte mich nicht in Gegenwart von Kindern oder von Erwachsenen.
3. Wenn du auf länger fortgehst, so sage mir, bitte, wohin du gehst.
4. Bitte, laß mich wissen, wenn du fortgehst und wann du zurückkehrst.
5. Bitte, gestehe mir das Recht zu, einiger meiner Wünsche mich erfreuen zu können.
6. Gib mir, bitte, eine bestimmte Summe Geldes zu meiner persönlichen Verwendung.
7. Bitte, beanspruche nicht die Aufmerksamkeit anderer für Dinge, die du selbst erledigen kannst. (Die „anderen", das ist sie selbst.)
8. Tue, bitte, vor Kindern nichts, was als schlechtes Beispiel wirken könnte.
9. Bitte, gestehe mir jeden Tag etwas Zeit zum Lesen und zum Lernen zu.
10. Bitte, sage nicht mehr „Oi Kora!" (Hallo, du da!), wenn du mich rufst. Ich bin deine Frau und verdiene Achtung.

Das Ultimatum schloß folgendermaßen: „Diese Bitten mögen schroff erscheinen, aber sie kommen unmittelbar aus dem Herzen deines liebenden Weibes."

Heiratsgebräuche des Basutos.

Der aus der Geschichte der menschlichen Ehe bekannte Brautkauf hat sich noch in sehr reiner Form bei den Basutos in Südafrika erhalten. Dort ist eine Tochter für den Vater eine sichere Kapitalsanlage, und er berechnet beizeiten, wieviel Stück Vieh er wohl für sie erhalten werde. Romantik hat im Liebesleben der jungen Basutomädchen keine Stelle. Wenn sie romantische Träume hegen, so haben sie zum mindesten keine Möglichkeit, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Der Mann, der eine junge Basutonegerin zur Frau will, nimmt sich nicht die Mühe, sie um ihre Meinung zu fragen; wenn sie ihm gefällt, so geht er zu ihrem Vater und verständigt ihn von seiner Absicht. Dann wird die Angelegenheit unter den Familienhäuptern und anderen Verwandten besprochen, und das Mädchen erfährt nichts davon, wenn es nicht Gelegenheit hat, ein da oder dort gefallenes Wort aufzuschnappen. Der Gegenstand, um den sich die Besprechung im Familienrat hauptsächlich dreht, ist die „Lobola", d. h. der Kaufpreis in Kühen oder Schafen, den der Bräutigam zu zahlen hat. Gewöhnlich wird vereinbart, daß ein paar Stück Vieh gleich und weitere später zu zahlen sind, und wenn man darüber einig ist, so wird das Mädchen verständigt, daß sie den jungen Mann — es kann auch ein alter sein — zu nehmen habe.

Da, wo die Basutos mit der Zivilisation in engerer Berührung sind, haben sie viele ihrer alten Gebräuche, darunter auch die „Lobola", abgeschafft. Hier erscheinen das Brautpaar und die Gäste zur Trauung in der Eingeborenenkirche in europäischen Kleidern, und sie fahren im Wagen zu der Behausung des Brautvaters auf der Farm seines Arbeitgebers, wo man inzwischen Schafe geschlachtet und sehr viel Kaffernbier gebraut hat; zwei Tage lang wird nun getanzt und gesungen. Die Musikbegleitung bestreiten eine Ziehharmonika und eine Guitare. Bei den Tänzen der Basutos tanzen Männer und Frauen niemals zusammen. Seite an Seite oder einander gegenüber stampfen, hüpfen und wirbeln sie durcheinander unter gellendem, unheimlichem Geschrei, und wenn das Orchester nicht mehr weiter kann, so übernimmt die meist mehr als hundertköpfige Versammlung singend und in die Hände klatschend seine Aufgabe. Wenn aber am Morgen nach der Hochzeit der Brautvater wieder die Schafe seines Herrn weidet, mag er sich manchmal nach der Zeit zurücksehnen, da die Zivilisation noch nicht erfunden war und er für seine Tochter eine „Lobola" von 7 oder 8 Kühen oder Schafen erhalten hätte.

Sexuelle Aufklärung der Kinder oder nicht? Mit dieser Frage, die so brennend wie keine ist, hat sich die Zeitschrift „Der Elternbeirat", Verlag Berlin SW. 68, in Heft 8, 9 und 13 eingehend beschäftigt. Interessant ist es, daß sich die Theoretiker und Aerzte fast uneingeschränkt für sexuelle Aufklärung aussprechen, daß dagegen die an dieser Frage am meisten beteiligten Praktiker, und das sind hier die Eltern, eine sexuelle Aufklärung, wenn auch nicht ganz ablehnen, so doch nur in stark begrenztem Umfange gutheißen. Einhalten bis zu einem etwas späteren Zeitpunkt führt dem erstrebten Ziele, dem Kinde die Menschwerdung als etwas Reines, Schönes, Selbstverständliches hinzustellen, besser zu als zeitiges Aufklären. Wann interessiert sich das Kind für das „Woher des Menschen?" Nach einem Aufsatz von Lucy Peters in Heft 13 nach Beobachtungen an ihren eigenen Kindern nicht vor dem 3. bis 4. Lebensjahre und dann lassen sie sich ungefährdet durch hinhaltende Antworten befriedigen. Verborbene Kinder aus schlechter Umgebung werden auch durch Aufklärung nicht reiner in der Gesinnung und unverdorbene sind nicht in dem Maße gefährdet, als die Theoretiker behaupten. Trotzdem ist Wachsamkeit hier am Platze, und Beschäftigung mit dieser Frage sollte keine Mutter versäumen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211122-19/fragment/page=0008